

Wöchentlich 55 Bl., monatlich 1,60 M.,
im Voraus zahlbar, Postzug 4,32 M.
einschließlich 50 Pfg. Postgebühren- und
72 Pfg. Postbestellgebühren. Ausland-
abonnements 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Woll
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
blätter“, „Leben“, „Bild in die
Wirkwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einjährige Kampfansage
40 Pfennig, Halbjährliche 2.- Reichs-
mark. „Kleine Kampfansage“ des ein-
gedruckten Wort 25 Pfennig (zuletzt zum
letztenmal) jedes weitere Wort
12 Pfennig. Sechsengeheiß das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Zeit 50 Pfennig. Familienangelegenheiten
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
gebäude Lindenstraße 3, wochentlich
von 8^{1/2} bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Rechnungsbüro: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Poltschekkonto: Berlin 37556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. B. u. Disc.-Gef. Depositenkassa Lindenstr. 3.

Friede gegen Wirth.

B Verschärfung des Konfliktes durch das thüringische Kabinett.

Weimar, 2. Juni.

Die thüringische Regierung beschloß in einer heute
nachmittag abgehaltenen Kabinettsitzung, dem Er-
suchen des Reichsinnenministers auf Zurück-
nahme der Bestellung von Nationalsozialisten zu Polizei-
direktoren nicht stattzugeben und für den Fall, daß
der Reichsinnenminister die Polizeizuschüsse aus
diesem Grunde sperren sollte, den Staatsgerichtshof
für das Deutsche Reich anzurufen.

Nach dieser offiziellen Absage der thüringischen Regierung
an den Reichsinnenminister bleibt Herrn Wirth nichts anderes
übrig, als nunmehr seine Ankündigung wahr zu machen und
die Polizeizuschüsse zu sperren. Die offi-
zielle Mitteilung über die Sperre wird Thüringen zugehen,
sobald das Antwortschreiben der thüringischen Regierung auf
den letzten Brief des Reichsinnenministers in Berlin ein-
getroffen ist. Praktisch ist die Sperre insofern bereits
in Kraft, als der am 26. Mai für Juni fällige
Polizeizuschuß nicht angemessen wurde.

Thüringen hat übrigens bereits mehr Zuschuß erhalten,
als ihm eigentlich zusteht. Es hat sein Zuschußkonto seit dem
vergangenen Jahre um ungefähr 1500000 Mark
überzogen, ein Betrag, der etwa drei Fünftel der unter
normalen Verhältnissen an Thüringen zu zahlenden Monats-
raten ausmacht. Buchmäßig soll der Vorschuß an die thürin-
gische Regierung bereits verrechnet sein; zurückgezahlt ist er
jedoch noch nicht.

Universität Jena gegen Friede-Studenten.

Jena, 2. Juni.

Der Rektor der thüringischen Bundesuniversität gibt am
Schwarzen Brett der Universität folgendes bekannt:

Der Vorstand der Jenaer Studentenschaft hat sich in
die zwischen dem thüringischen Volksbildungsministerium und der
Universität schwebenden Differenzen eingemischt, indem er
anlässlich der Berufung des Herrn Dr. Günther zum ordentlichen

Professor in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät an
das Staatsministerium und an Herrn Dr. Günther Glückwunsch-
schreiben geschickt und in der Presse veröffentlicht hat. Damit hat er
öffentlich gegen Rektor und Senat Stellung genommen. Gegen die
Urheber dieses ganz ungewöhnlichen Schrittes, der auf einer
völligen Verkennung der Stellung der Studentenschaft innerhalb der
Universität beruht und das Vertrauensverhältnis zwischen den
akademischen Behörden und der Studentenschaft auf das bedauer-
lichste stört, werden die nach den Befehlen für die
Studierenden gebotenen Mittel angewendet
werden.

Sozialdemokratische Kampfansage.

Jena, 2. Juni.

Auf dem am Sonnabend und Sonntag hier abgehaltenen
sozialdemokratischen Parteitag für Groß-Thü-
ringen wurde die thüringische Innenpolitik eingehend behandelt.
Auch der Reichsparteivorstand Otto Wels nahm an den Be-
ratungen teil. Staatsminister i. B. August Frölich berichtete
über die Lage in Thüringen und Reichstagsabgeordneter Dr. Kurt
Rosenfeld über die politische Lage im Reich. Frölich erklärte
u. a., das thüringische Ermächtigungsgesetz stelle eine Ausweich-
lösung der verfassungsmäßigen Bestimmungen dar, da Gesetze nur
durch den Landtag geändert oder aufgehoben werden könnten.

Nach längerer Aussprache wurde eine scharfe Ent-
schließung gegen die thüringische Innenpolitik
angenommen. Die Einführung der Schulgesetze, die Versuche zur
Zerstörung der Volkshochschule Jena, die Befestigung der Unioersität
mit Behrträften, deren wissenschaftliche Fähigkeiten scharf ablehnend
beurteilt werden, seien Zeichen der zerstörenden Kulturarbeit der
Nationalsozialisten. Diese Politik sei nur möglich durch das voll-
ständige Verlogen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Deut-
schen Volkspartei. Der Bezirksparteitag fordert in seinem Kampf
von den Mitgliedern der Partei höchste Aktivität, um bei der ersten
sich bietenden Gelegenheit die nationalsozialistische
Herrschaft zu beseitigen.

Der Kampf gegen Stalin.

Einheitsfront von rechts und links.

Moskau, 2. Juni.

Je näher der Zusammentritt des Kongresses der Kommuni-
stischen Partei der Sowjetunion heranrückt, um so schärfer werden
die Angriffe der Rechtsopposition gegen Parteiführung und Sowjet-
regierung. Dabei gehen die Rechtsoppositionellen, wie die
„Pravda“ feststellt,

Hand in Hand mit der Linksopposition,

d. h. den Trotzkisten, vor. Die Rechtsopposition beschuldigt
ganz offen das Zentralkomitee der Partei, von den „Abirrungen“
bei der forcierten Kollektivierung der Landwirtschaft gewußt zu
haben, ohne Maßnahmen dagegen zu treffen, da das Zentralkomitee
gehört habe, mit diesen Mitteln die Sozialisierung des Dorfes zu
erreichen. In der Parteizelle der Moskauer Timirjasew-Agrar-
akademie erklärten die Vertreter der Rechtsopposition, das Zentralko-
mittee der Partei habe

bewußt Lügenmeldungen über das Anwachsen der Kolle-
ktivierung

sowie über den angeblichen Umschwung in der politischen Stim-
mung des Dorfes zugunsten der Kollektivierung verbreitet. Das
Zentralkomitee sei für alle „Abirrungen“ verantwort-
lich. Dies werde allein schon durch die Tatsache bewiesen, daß
sämtliche lokalen Parteioorganisationen die gleichen Fehler begangen
hätten.

Gleichzeitig wird aus dem Bericht über den Kongreß der Kom-
munistischen Partei Sowjetarmaniens bekannt, daß na-
tionalistische armenische Elemente gemeinsam mit
den beiden Oppositionen von rechts und links vorgehen. Die
„Pravda“ erklärt, die Partei werde nach wie vor erbar-
munglos gegen alle „Abirrungen“ ankämpfen.

Die Junirationen in Leningrad.

Leningrad, 2. Juni (Ost-Expres).

Die Junirationen in Leningrad sind wie folgt festgesetzt
worden: 1. Kategorie — Zuder 1500 Gramm, Tee 50 Gramm,
Makkaroni 800 Gramm, Hirse 2 Kilogramm, Sonnenblumenöl ein
halbes Liter, Kerlinge 1200 Gramm, Seife 500 Gramm; 2. Kate-

gorie — Zuder 1500 Gramm, Tee 50 Gramm, Makkaroni 700
Gramm, Hirse 1 Kilogramm, Sonnenblumenöl ¼ Liter, Kerlinge
800 Gramm, Seife 250 Gramm, Kinder erhalten 500 Gramm
Häfergrüße, 500 Gramm Manna und 800 Gramm Reis

Anschlag in Karpato-Rußland.

Auf den Archidiakon Szabow.

Ungvar, 2. Juni.

Anlässlich des heute in der karpatorussischen Haupt-
stadt Ungvar unter zahlreicher Beteiligung abgehaltenen „Tag
russischer Kultur“ wurde auf den greisen Archidiakon
Szabow, als er das Theatergebäude verließ, von einem jungen
Mann ein Revolvergeschuß abgegeben, der Szabow jedoch nicht
verletzte. Der Täter wurde sofort verhaftet. Es ist dies der
18jährige Fedor Latincec, ein Schüler des dritten Jahrgangs des
griechisch-katholischen Seminars, der eingekland, das Mitemat ge-
plant zu haben. Außer Latincec wurde auch eine zweite Person
verhaftet, die das Mitemat gutgeheissen hatte. Man vermutet als
Grund des Mitemats nationale Zwistigkeiten, weil Lat-
incec ukrainischer Bestimmung ist. In der Stadt herrschte große
Erregung. Der Festabend wurde abgeblasen. Die karpato-
russische Rundfunksendung, die heute in Ungvar statt-
finden sollte, wurde behördlich verboten.

Grenzwischenfall bei Suwalki.

Zwischen Litauen und Polen

Warschau, 2. Juni. (Eigenbericht.)

In der Nähe von Suwalki an der polnisch-litauischen Grenze
wurde — wie die Warschauer Presse am Montagabend meldet —
in der Nacht zum Sonntag eine polnische Grenzpatrouille
von den Litauern heftig beschossen. Ein polnischer Unter-
offizier wurde verletzt. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden,
ob die Schüsse von litauischen Grenzsoldaten oder von Schauls-
Banden abgegeben worden sind.

„Soziallasten“ in England

Was die Unternehmer zu fragen haben.

Zu den Ländern, wo die soziale Versicherung am besten
ausgebaut ist, gehört Großbritannien. Die Kranken-,
Invaliden- und Arbeitslosenversicherung wurde hier 1911
eingeführt; die Witwen-, Waisen- und Altersversicherung
folgte 1925. Die Entschädigungspflicht bei Unfällen besteht
seit 1897, es ist jedoch den Unternehmern freigestellt, sich
gegen das Unfallrisiko zu versichern oder nicht. Eine
Altersfürsorge, deren Kosten ganz vom Staat
bestritten werden, wurde 1908 eingeführt und nach der Schaf-
fung der Altersversicherung beibehalten.

Nachstehend wird ein Ueberblick der Kosten dieser ver-
schiedenen sozialen Versicherungen und ähnlichen Einrich-
tungen in den letzten Jahren gegeben. Es ist dabei nur auf
Großbritannien (England, Wales, Schottland), nicht aber
auf Nordirland, mit rund 43 Millionen Einwohnern Bedacht
genommen. Die Beträge sind auf der Grundlage 1 Pfund
Sterling = 20 M. umgerechnet.

Von allen Zweigen der Sozialversicherung erfordert
die Arbeitslosenversicherung die höchsten Aus-
wendungen. Ihre Kosten betragen 1927 860 Millionen und
1928 1077 Millionen Mark. Für Leistungen wurden 1927
733 Millionen und 1928 886 Millionen ausgegeben; der Rest
traf auf Verwaltungskosten und Zinsen für ausgenommene
Darlehen. Die Zahl der Versicherten war Mitte 1928
11 630 000. Das im März dieses Jahres in Kraft getretene
Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über die Arbeitslosen-
versicherung brachte eine Erhöhung der Unter-
stützungsfähigkeit der 17- bis 19jährigen Versicherten sowie
der Zusatzunterstützungen für erwachsene Angehörige. Der
Kreis der Personen, die auf Zusatzunterstützung Anspruch
haben, wurde erweitert. Ferner wurde die Bestimmung
aufgehoben, wonach jeder Arbeitslose, der Unterstützung
beansprucht, den Nachweis zu erbringen hatte, daß er tatsäch-
lich Arbeit suchte, aber außerstande war, eine entsprechende
Beschäftigung zu finden. Nach dem neuen Gesetz kann ein
Arbeitsloser nur dann vom Unterstützungsbezug ausge-
schlossen werden, wenn erwiesen wird, daß er ohne hin-
reichenden Grund die Annahme einer entsprechenden Beschäf-
tigung ablehnte oder daß er unterließ, ihm erteilte schriftliche
Anordnungen zu befolgen, die bezweckten, ihm zu einer ent-
sprechenden Beschäftigung zu verhelfen. Besonders die eben
erwähnte Änderung des Gesetzes wird bewirken, daß unter
sonst gleichen Umständen die Arbeitslosenunterstützung stä-
rker als bisher in Anspruch genommen wird.

Der Kranken- und Invalidenversicherung
unterliegen mit einigen unbedeutenden Ausnahmen alle
Arbeitnehmer im Alter von 16 bis 65 Jahren. Im Jahre
1928 waren 17 431 000 Personen versichert. Die über Fünf-
undsechzig- bis Siebzigjährigen schieden mit dem 1. Januar
1928 aus, als das Gesetz von 1925 über die Witwen-, Waisen-
und Altersversicherung wirksam wurde. Die Verleistungen
sind Kranken-, Invaliden- und Mutterschaftsgeld. Außerdem
werden ärztliche Behandlung und Heilmittel gewährt.

Die Einnahmen der Versicherung betragen 1928 ins-
gesamt 777 Millionen Mark, und zwar in England und
Wales 695 Millionen und in Schottland 82 Millionen Mark.
Inbegriffen sind dabei Staatszuschüsse von zu-
sammen 143 Millionen Mark. Die übrigen Einnahmen be-
stehen in Beiträgen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber,
Gebühren, Vermögenszinsen usw. Der Staat trägt einen be-
stimmten Anteil der Kosten der Versicherungsleistungen und
ihrer Verwaltung, nämlich ein Siebtel im Falle männ-
licher und ein Fünftel im Falle weiblicher Mitglieder. Ferner
kommt der Staat auf für die gesamten Kosten der Zentral-
verwaltung, mit Ausnahme der Verwaltung gewisser Sonder-
fonds. Die Gesamtkosten der Versicherung waren 1921
597 Millionen Mark, 1928 752 Millionen Mark, 1929
768 Millionen Mark.

Werden die Ausgaben für Verwaltung und für andere
Zwecke getrennt, so ergibt sich für das Jahr 1928 folgende
Uebersicht: Verwaltungskosten 105 Millionen Mark, sonstige
Ausgaben 647 Millionen Mark. Auf Verwaltungs-
kosten entfielen 14 Proz. der Gesamtausgaben.

Das Gesetz über die obligatorische Witwen-,
Waisen- und Altersversicherung vom Jahre 1925
gilt praktisch für denselben Kreis von Personen wie das
Krankenversicherungsgesetz. Seit Januar 1926 werden
Witwen- und Waisenrenten, seit Januar 1928 auch Alters-
renten an Versicherte oder deren Ehefrauen im Alter von
65 Jahren aufwärts gezahlt. Mit einem neuen Gesetz, das
am 2. Januar 1930 in Kraft trat, wurde der Kreis der
anspruchsberechtigten Ehefrauen und Witwen erweitert. Die
Aufwendungen für die obligatorische Witwen-, Waisen- und
Altersversicherung bezifferten sich 1928 auf 239 Millionen
Mark, 1929 aber werden sie bereits auf 476 Millionen Mark
geschätzt.

Beitragsfreie Altersunterstützung er-
halten auf Grund von Gesetzen aus den Jahren 1908 bis
1924 über 70jährige Personen. Der Aufwand bezifferte sich
1927 auf 674 Millionen und 1928 auf 698 Millionen Mark.

Leistungen der Witwen-, Waisen- und Altersversicherung bezogen 1928 1 013 000 Personen. Im Genuß beitragsfreier Altersrenten standen im gleichen Jahre 1 417 000 Personen.

Ueber die Kosten der Entschädigung von Betriebsunfällen und Gewerbekrankheiten liegen vollständige Angaben nicht vor. In den sieben Wirtschaftszweigen, welche zur Berichterstattung hierüber verpflichtet sind, wurden 1927 126 Millionen und 1928 139 Millionen Mark an Entschädigung gezahlt. Diese sieben Wirtschaftszweige sind: Fabriken, Bergwerke, Steinbrüche, Eisenbahnen, Werften, die Schifffahrt und Tiefbauunternehmungen. In den von der Statistik erfaßten Betrieben waren 1928 nur 7 403 000 Arbeiter beschäftigt. Der Geltungsbereich der Entschädigungsgehalte ist aber viel weiter. Er umfaßt alle Arten von Betrieben und alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der Angestellten, deren Jahresgehalt 7000 M. übersteigt, der Heimarbeiter, der Familienangehörigen der Arbeitgeber, der nicht gewerblichen Gelegenheitsarbeiter und der Postisten.

Zusammenfassend ergibt sich folgender Ueberblick der Kosten der sozialen Versicherungen und ähnlicher Einrichtungen im Jahre 1928:

Arbeitslosenversicherung	1 077 Millionen M.
Kranken- und Invalidenversicherung	752
Witwen-, Waisen- und Altersversicherung	239
Beitragsfreie Altersrenten	674
Unfallentschädigung	139
2 881 Millionen M.	

Bei Betrachtung dieser Zahlen ist im Auge zu behalten, daß namentlich die Kosten der Witwen-, Waisen- und Altersversicherung 1928 noch verhältnismäßig gering waren und in den kommenden Jahren viel höher sein werden, sowie daß die Ausgaben für Unfallentschädigung nur zum Teil angefallen sind. Bemerkenswert ist schließlich noch, daß für Wohlfahrtsunterstützung im Verwaltungsjahre 1928 insgesamt 920 Millionen Mark ausgegeben wurden, während die Bevölkerung um ein Drittel kleiner ist als die des Deutschen Reichs.

Der Block gegen die Sozialdemokratie.

Die Sehnsucht von Scholz und Brüning.

In seiner Rede in Münster, die von Arbeitern und Beamten wohlkürzung unter der Flagge eines Rotkopfers forderte, hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, sich sehr offener über die bürgerlichen Sammlungspläne ausgesprochen. Ein durch das Wolff-Büro verbreiteter Bericht besagt darüber:

„Am Vorabend des politischen Interesses, so fuhr Dr. Scholz fort, hätten in den letzten Tagen die Bemühungen des Parteiführers um die Schaffung einer staatspolitischen Rente gestanden. Der Versuch sei gescheitert an dem Widerstand der Demokraten und der Volkstotenpartei, während die Wirtschaftspartei zu einer Vereinigung bereit gewesen sei. Monoton habe man sich um die Einigung bemüht, und mit gleicher Energie die Volkspartei auch weiter an diesem Ziel arbeiten. Der Reichstanzler müsse um diese Bestrebungen und billige sie, da sie nicht eine Spitze gegen das Zentrum enthielten.“

Der günstige Augenblick, einen Block gegen die Sozialdemokratie zu bilden, dürfe nicht ungefaßt vorübergehen.

Die Volkspartei sei nach wie vor bereit, der neuen Entwicklung im bürgerlichen Lager die Selbständigkeit der eigenen Partei zu opfern in der Erwartung, daß auch die anderen Gruppen nicht vor diesem entscheidenden Schritt zurückstehen würden.“

Diese Worte sind sehr klar. Sie lassen keinerlei Möglichkeit mehr, den Bürgerblockcharakter des Kabinetts Brüning zu bezweifeln. Sie offenbaren ein politisches Komplott zwischen Scholz und Brüning gegen die Sozialdemokratie. Herr Scholz, der alte Vorkämpfer des Bürgerblocks als Einheitsführer einer Sammlung gegen die Sozialdemokratie und Herr Brüning als Schuttpatron der Aktion.

Dies Abenteuer ist kläglich gescheitert!

Neurath — Schubert — Bülow.

Angeländigte Ernennungen vollzogen.

Der Reichspräsident hat die in Aussicht genommenen Ernennungen für die Botschafterposten in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes nunmehr vollzogen. Botschafter Chamberlain in London wird am 1. Oktober dieses Jahres in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger ist der Botschafter in Rom, Freiherr von Neurath, zum Botschafter in Rom der Staatssekretär des auswärtigen Amtes von Schubert und zum Staatssekretär des auswärtigen Amtes der Dirigent Bernhard von Bülow ernannt worden. Herr von Schubert wird die Geschäfte des Staatssekretärs seinem Nachfolger in der zweiten Hälfte des Juni übergeben.

Total meschugge!

Der große Ludendorff gegen Karl den Großen.

Kiel, 2. Juni. (Eigenbericht.)

In Schleswig-Holstein veranstaltete Ludendorff ein „Kühnbergfest“, das eine Nachahmung alter Zusammenkünfte der Bewohner der Nordmark sein sollte, aber zu einer bizarren Komödie wurde. Umge 100 Bauern, unter denen die Landvolksführer und die Bombenattentäter nicht fehlten, waren die Zuhörer von Erich und Mathilde Ludendorff. Alles deutsche Unheil, predigte Ludendorff, rührt von Karl dem Großen her, der das verübete Schicksal in Deutschland eingeschleht habe, statt bei Notan zu bleiben. Kein Wunder, daß es deshalb zum Weltkrieg gekommen sei, der durch die Intrigen des Papstes, der Freimaurer und der Sozialisten natürlich verloren gegangen sei. Die Richtungen, die heute um die Gestaltung des Staatslebens kämpfen, Sozialismus, Faschismus, Benennismus, seien alles eins. Hinter allem stehe der Papst.

Die Bauern haben sich diesen BILDern angeschlossen, ohne den unzurechnungsfähigen General von der Rednerbühne zu entfernen.

Der Tod und die Grundstückshebe. Der Untersuchungsanspruch des Preussischen Landtags zur Prüfung der Mikrowirtschaft in der Berliner Stadterwaltung sollte am Montag den Kaufmann Stahl vernehmen. Dieser Zeuge ist aber inzwischen auch verstorben.

Die Ausgabenföpfung.

Bier Gesetze und ein Sparprogramm / Kürzungen beim Sozialetat, aber nicht beim Wehretat.

In der Tagespresse erscheinen neuerdings Mitteilungen über den Inhalt des von dem Reichsfinanzminister angekündigten Ausgabenföpfungsgesetzes, die unseres Wissens nicht in allen Punkten den Tatsachen entsprechen. Nach unseren Erkundigungen handelt es sich nicht um einen Gesetzentwurf, sondern um eine ganze Reihe von Entwürfen, die durch ein Mantelgesetz zusammengefaßt werden sollen. Außerdem kommt noch ein vom Sparkommissar aufgestelltes Sparprogramm auf lange Sicht hinzu. Alle diese Gesetzentwürfe befinden sich zur Zeit noch im Stadium der Ressortbesprechungen. Das Reichskabinett hat dazu noch nicht Stellung genommen.

Die in den Gesetzentwürfen vorgeschlagenen Maßnahmen dürften sich etwa auf folgende fünf Gebiete erstrecken: 1. die Haushaltswirtschaft im Reich, Ländern und Gemeinden, 2. die Auflösung von Reichsbehörden, 3. die Verminderung der Beföpfungsausgaben, 4. die Kürzung von Sozialausgaben und 5. eine Reihe von Reformvorschlögen des Sparkommissars.

Was die Haushaltswirtschaft des Reiches angeht, so ist wohl in erster Linie daran gedacht,

Die Ausgaben des Reichshaushalts für eine Reihe von Jahren auf einen festen Betrag zu begrenzen.

Außerdem sollen die Aufwendungen für Neubauten und die Zahlung von Subventionen eingeschränkt werden. Ferner soll bestimmt werden, daß die Ueberschüsse der einzelnen Rechnungsjahre zur Schuldentilgung verwendet werden müssen, während die Einstellung neuer Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt nur auf Grund besonderer Gesetze zulässig sein soll. Ein Teil dieser Maßnahmen soll auch für Länder und Gemeinden gelten.

Die Auflösung der Reichsbehörden

Wird sich in erster Linie auf die Beseitigung des Ministeriums für die besetzten Gebiete und seiner nachgeordneten Verwaltungszweige zu erstrecken haben. Auch die Auflösung des Reichsausgleichsamts und der ihm angeschlossenen deutschen Staatsvertretungen im Auslande dürfte hierunter fallen. Längst fällig ist ferner die Beseitigung der Reichsgesandtschaft in München und der dortigen Abteilung des Reichspostministeriums. Darüber hinaus ist daran gedacht, eine bestimmte Anzahl von Landesfinanzämtern, Finanzämtern und Hauptzollämtern sowie von Oberpostdirektionen aufzuheben und schließlich die gesamte Reichsverföpfungverwaltung aufzulösen und ihre Aufgaben auf die übrige Sozialverwaltung zu verlegen. Der

Verminderung der Personalausgaben

sollen eine Reihe von Vorschriften dienen, bei denen es sich hauptsächlich um folgendes handeln dürfte: Die Altersgrenze der Beamten soll von 65 auf 68 Jahre heraufgesetzt werden. Eine Pensionskürzung oder die Einführung einer Höchstgrenze für die Pensionen ist offenbar nicht geplant, dagegen will man aber das sonstige Einkommen der Pensionäre auf die Pensionen anrechnen, soweit das Gesamteinkommen eine bestimmte Grenze überschreitet. Der Urlaub der Beamten soll durch eine besondere Verordnung verkürzt werden, daselbe soll bei Angestellten und Arbeitern durch Neuregelung der Tarifverträge erfolgen. Die ständigen Sonderzuschläge der Beamten und Arbeiter sollen im Laufe einiger Jahre abgebaut werden. Durch eine teilweise Einstellungs- und Beförderungssperre soll eine langsame Verminderung der Zahl der Beamten und Angestellten erreicht werden. Ein Teil dieser Maßnahmen, wie z. B. die Heraufsetzung der Altersgrenze und die Verkürzung des Urlaubs, soll auch von den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden. Außerdem will man offenbar das Besoldungssperregesetz wieder einführen, durch das Länder und Gemeinden verpflichtet werden sollen, ihre Beamten nicht günstiger zu stellen als die entsprechenden Reichsbeamten.

Zur Kürzung der Sozialausgaben

plant man anscheinend einen neuen Angriff auf die Reichszuschüsse zur Familienwochenhilfe und auf die Entschädigung

gen, die das Reich der Reichspost für den Verkauf der Bezeichnungsmarken und die Auszahlung der Renten bei der Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung zahlt. Als dritte Maßnahme zur Einschränkung der Sozialausgaben ist offensichtlich die Beschränkung der Kriegsbeschädigtenrenten gedacht. Eine solche Beschränkung will man wahrscheinlich durch verschärfte Vorschriften über das Verfahren bei Anerkennung der Erwerbsbeschränkung, der Höhe der Renten usw. erzielen. In der gleichen Richtung wirkt die Anrechnung der Renten aus der Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung und der Beamtenpensionen auf die Kriegsbeschädigtenrenten. Schließlich dürfte noch eine Einschränkung der Kinderzulagen in Frage kommen. Was endlich

das Sparprogramm des Reichsparkommissars

angeht, das dem Mantelgesetz beigelegt werden soll, so handelt es sich dabei offenbar um das Programm, dessen Vorlage der Reichstag durch das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform verlangt hat. Soweit wir hören, soll dieses Programm in erster Linie eine Reihe von Reformvorschlögen umfassen, die bereits im Reichsrat und auch in der Deutschnationalen diskutiert worden sind. Es handelt sich dabei insbesondere um die Vereinfachung der Steuer- und Verwaltungsgesetzgebung und -verwaltung, u. a. durch Uebertragung der Verwaltung der Landes- und Gemeindesteuern auf das Reich. In Betracht kommen ferner die Justizreform und die Zusammenfassung der verschiedenen Zweige der Sozialverwaltung in einen einheitlichen Verwaltungskörper.

Solange das Reichskabinett zu den Vorschlägen keine Stellung genommen hat, ist noch nicht zu übersehen, in welcher Gestalt die verschiedenen Gesetzentwürfe dem Reichstag tatsächlich vorgelegt werden. Auf Einzelheiten wird daher erst später einzugehen sein. Grundätzlich ist aber schon heute zu betonen, daß der Grundgedanke einer planmäßigen Senkung der öffentlichen Ausgaben auch von unserem Standpunkt aus nicht abgelehnt werden kann. In einer Zeit, in der es Millionen von Arbeitslosen an dem Nötigsten zum Leben mangelt, tut es dringend not, daß in die Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden der Geist der Sparbarkeit einzieht. Daß in diesen Fällen und mit ansehnlichem Erfolge von den Behörden gepart werden kann, wenn sie in diesem Geiste wirtschaften, ist keine Frage.

Uebrigens darf man sich über den finanziellen Ertrag der geplanten Maßnahmen keiner Täuschung hingeben. Dieser Ertrag wird verhältnismäßig bescheiden sein und auch erst in einigen Jahren voll wirksam werden, so daß eine namhafte Verminderung der Steuerbelastung dadurch nicht zu erwarten ist. Aber es kommt auch nicht nur auf den finanziellen Ertrag, sondern ebenso sehr auf den sozialen und politischen Charakter der Sparmaßnahmen an. So wie die Dinge offenbar liegen, sind zu hoch schlagende Ersparnisse bei diesem Programm aller Wahrscheinlichkeit nach nur bei den Sozialausgaben zu erwarten, die auf einen Schlag um 50 Millionen vermindert werden sollen. Dazu kommt noch die Verkürzung der Rechte der Kriegsbeschädigten. Dagegen sind unseres Wissens Vorschläge für eine wesentliche Verminderung der Wehrausgaben, die in diesem Zusammenhang besonders am Plage wäre, in diesem Programm nicht enthalten.

Auch wenn das Reichskabinett sich sehr bald über den Inhalt der einzelnen Spargesetze einig werden sollte, wäre ihr parlamentarischer Schicksal mehr als ungewiß. Ohne Zweifel ist eine ganze Reihe der vorgeschlagenen Maßnahmen verfassungswidrig, insbesondere gilt das von allen Vorschriften, die auf die Länder und Gemeinden übergreifen. Wie die jetzige Regierung mit ihrer unsicheren parlamentarischen Basis diese Gesetze durchbringen will, ist daher zur Zeit noch ihr Geheimnis.

Ausgabenföpfungsgesetz vor dem Reichskabinett.

Das Reichskabinett wird am Dienstag zu einer Sitzung zusammenzutreten, um das Ausgabenföpfungsgesetz zu beraten. Es ist anzunehmen, daß die Beratung am Dienstag nicht zu Ende geführt wird, sondern am Mittwoch fortgesetzt werden dürfte.

Hugenbergs Prostitutions-Plantage.

Sachverständig beleuchtet von Rumpelstilzchen.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ ist das Blatt der deutschen Familie. In seinem Leitartikel kämpft er für Gottesfurcht und gute Sitten, für christliche und deutsche Art. In seinem Inseratenteil aber veröfentlicht er als einziger Berliner Tageszeitung Spalten auf Spalten, Seiten auf Seiten von Inseraten, die mehr als eindeutig sind.

Für die Hugenbergsche Provinzpresse schreibt der Major a. D. Stejn unter dem Namen Rumpelstilzchen teils gemütsvolle, teils bissige Waidereien, gemütsvolle, soweit sie von deutscher Treue, deutschem Familiensinn und den Hohenzollern handeln, bissige, soweit von Republik, Juden, Marxismus und Materialismus die Rede ist. Den Sündenpfehl Berlin weiß er so zu schildern, daß es jeder Provinzkonkel mit wohltempertem Griffen bis zur letzten Zeile liest. Rumpelstilzchen versteht sein Geschäft.

Nun ist Rumpelstilzchen wieder einmal in den Sündenpfehl gestiegen, bitte sehr, ohne daß dabei das geringste passiert ist. Er hat, wie er berichtet, zum Schein folgendes Inserat aufgegeben:

Partnerin

Jüngster, n. Aussehen und Weisen Dreißiger, stad. geb., ehem. Offiz., geschieden demittelt, i. Partnerin f. Motorbootsp. Wochenausflüge, Sommerreise Schweiz-England, Winter Theater u. Bälle, erdittelt genaue Adressen, Bild wird zurückgelandt.

Also das typische „Lokal-Anzeiger“-Sonntagsinserat! Und nun plaudert der Herr Major über die Antworten, die ihm im Vertrauen auf seine fawallermäßige Detektion zugesandt worden sind. Ein Teil der Damen habe gleich Aktpfotografien mitgeschickt, eine, die nach ihrer Rationalität näher charakterisiert wird, habe sich für eine monatliche Honorierung von 300 M. zu Diensten

auch ungewöhnlicher Art, zu jeder „volupté de Paris“, bereit erklärt, usw. Durch die Wiedergabe der erhaltenen Antworten hat der ehemalige Offizier Stejn nicht bloß die Serie von Kavaliereintragungen charakterisiert, zu der er gehört, sondern auch das Inseratenfontange-geschäft seines Bratgebens Hugenberg. Er hat die Quellen aufgedeckt, aus denen der derzeitige Vorkämpfer der Deutschnationalen Partei einen Teil seiner Einkünfte bezieht.

Minister Waentig über die Reichsreform

Sie kann nur von zentraler Stelle aus erfolgen.

Der preussische Innenminister Genosse Dr. Waentig nahm die Amtseinführung des neuen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Dr. Falk und des neuen Regierungspräsidenten von Magdeburg, Weber, zum Anlaß, um sich zu dem Problem des mitteldeutschen Zusammenschlusses eingehend zu äußern.

Der Minister ging davon aus, daß von allen preussischen Provinzen die Provinz Sachsen diejenige sei, die am meisten die staatliche Buntschiedigkeit Preußens widerspiegelt. Sachsen ist mit Gebietsreisen durchsetzt, die staatsrechtlich zu den angrenzenden Ländern Braunschweig, Anhalt und Thüringen gehören, wirtschaftlich dagegen auf das engste mit der Provinz Sachsen verflochten sind. Eine oft widersinnig erscheinende Grenzführung erschwere die Verwaltung dieser Provinz ungemein.

Es müsse jedoch darauf hingewiesen werden, daß es die wichtigste Aufgabe des Oberpräsidenten in dieser Hinsicht sei, die Einheit der Provinz zu wahren und allen willkürlichen Beherrschungen einer Neugestaltung entgegenzutreten. Deutschlands erfolgreiche Neugliederung kann nicht aus regionalen Gesichtspunkten erfolgen, sondern nur von zentraler Stelle im Interesse des großen Ganzen durchgeführt werden.

Frieds Zeitungsverbot.

Eine Beschwerde mit treffender Begründung.

Weimar, 2. Juni (Eigenbericht.)

Gegen das Verbot der „Eisenacher Volkszeitung“ hat Genosse Rosenfeld an das Thüringer Ministerium des Innern in Weimar folgende Beschwerde gerichtet:

„Namens des Verlags der „Eisenacher Volkszeitung“ GmbH., deren Vollmacht bezieht, erhebe ich gegen das durch das Thüringer Ministerium des Innern ausgesprochene Verbot der „Eisenacher Volkszeitung“ auf zwei Wochen die Beschwerde.

Für den Fall, daß die oberste Thüringer Landesbehörde dieser Beschwerde nicht abhelfen sollte, beantrage ich schon jetzt die Abgabe dieser Beschwerde an den gemäß Republikshutgesetz zur Entscheidung bestimmten Senat des Reichsgerichts, bei dem ich ebenfalls schon jetzt die Anordnung einer mündlichen Verhandlung beantrage, und zwar mit Rücksicht auf die besondere Eilbedürftigkeit dieser Sache unter Verzicht auf eine längere Sadungsfrist als eine solche von 24 Stunden.

Das angefochtene Zeitungsverbot wird auf das Republikshutgesetz gestützt, offensichtlich zu unrecht, da die „Eisenacher Volkszeitung“ das Organ der Sozialdemokratischen Partei ist, also gerade der Partei, die den wirksamsten Schutz der Republik darstellt. Es würde gegen Sinn und Wortlaut des Republikshutgesetzes verstoßen, wenn man bei einer sozialdemokratischen Zeitung einen Verstoß gegen die Sicherheit der Republik auch nur für möglich hielte. Im vorliegenden Fall kommt aber noch hinzu, daß das Republikshutgesetz zum Schutze eines Nationalsozialisten geltend gemacht wird, also eines Angehörigen und noch dazu Wortführers derjenigen Partei, die es nach zahlreichen Bekenntnissen ihrer Vertreter und Taten ihrer Anhänger gerade darauf anlegt, die Republik zu erschüttern und, wenn möglich, zu beseitigen.

Es dürfte überflüssig sein, die hier vorgetragene Einstellung der Sozialdemokratischen Partei und des Ministers Fried etwa noch besonders glaubhaft zu machen.

Das Verbot verstößt aber auch gegen § 5 des Republikshutgesetzes, auf den es gestützt wird, indem in der Begründung fälschlich behauptet wird, daß durch eine Beschimpfung des Ministers Fried gleichzeitig die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Landes Thüringen herabgewürdigt wird. Ganz abgesehen davon, daß höchstens eine Beleidigung, aber keine Beschimpfung eines Landesministers vorliegt, fehlt in dem zitierten Artikel der „Volkszeitung“ auch die geringste Bezugnahme auf die republikanische Staatsform. Diese aber kann um so weniger durch die fragliche Beleidigung herabgewürdigt sein, als man unmöglich einen nationalsozialistischen Minister als Repräsentanten der deutschen Republik ansehen kann. Daß Herr Fried sich selbst so angesehen wissen möchte, ist politisch interessant und auch amüsant, für die hier zu entscheidende Frage aber sicherlich unerheblich. Auch ein politischer Analphabet wird nicht auf den Gedanken kommen können, daß in der Person eines Nationalsozialisten, noch dazu an der Art des Herrn Fried, die republikanische Staatsform getroffen werden könnte.

Schließlich mag noch darauf hingewiesen werden, daß die fragliche Notiz auf einer Landtagsverhandlung beruht und in dieser Verhandlung gefällene Neußerungen bringt, also in der Hauptsache nur die nach der Verfassung straflose Wiedergabe parlamentarischer Verhandlungen enthält.

Danach ist das Verbot völlig hofflos. Es muß daher aufgehoben werden.

Bei der einschneidenden Wirkung eines Zeitungsverbots auf das ganze davon betroffene Unternehmen darf doch wohl, zumal der Tatbestand so einfach und klar wie nur möglich ist, auf schnellste Entscheidung gerechnet werden.

Neue Agitationsanträge der Hafenkreuzler.

Weimar, 2. Juni.

Die nationalsozialistische Thüringer Landtagsfraktion wird im Thüringischen Landtag drei Anträge einbringen, die möglichst noch vor der großen Sommerpause des Thüringer Landtags erledigt werden sollen. Nach dem einen Antrag soll sich die Landesregierung im Reichsrat dafür einsetzen, daß angesichts der fortschreitenden Wirtschaftskrise in Deutschland die Reichsregierung mit den Ententestaaten Verhandlungen zur Revision der Young-Zahlungen aufnimmt, bevor die Wirtschaftskrise in Deutschland zum Chaos führe. Ein weiterer Antrag fordert von der Regierung Verhandlungen mit der Kirche mit dem Ziel, daß die Kirche etwa ein Drittel der Beträge, die sie vom Lande Thüringen erhält, für Zwecke der christlichen Liebestätigkeit, sozialen Fürsorge und Steuerung der wachsenden Not verwende. Der dritte Antrag verlangt, daß die Thüringer Landesregierung zu einer dauernden Einrichtung gemacht werde.

In der Hochburg der Nazis.

Glänzend besuchte Versammlung der Sozialdemokratie.

Merseburg, 2. Juni.

In Barnstädt, einem rein ländlichen Bezirk, den die Nazis zu einem ihrer festesten Stützpunkte rechnen, fand am letzten Sonnabend eine öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei statt, auf der der Reichstagsabgeordnete Franz Peters aus Halle vor reichlich 400 Personen sprach.

Um einen ruhigen Verlauf der Versammlung unmöglich zu machen, hatten die Nationalsozialisten ausgedehnte Schlägereien um die Dörfer herum veranstaltet. Jeder Versuch, die Versammlung zu zerlegen, scheiterte jedoch an der Disziplin und Geschlossenheit unserer Genossen.

Damit sie zum Schaden auch noch den Spott zu tragen hätten, demobilisierten die erbitterten Nazis ein auf dem Hofe des Versammlungsortes stehendes Auto, in der Annahme, daß es der Wagen des sozialdemokratischen Referenten sei. Mit Beilen schlugen sie den hinteren Reifen und Schlauch des Wagens vollständig entzwei. Als man sich diese Heidenkat bei Nacht besah, stellte es sich heraus, daß die Zerstückelungswütigen ein Auto auswärtiger Hitlerjünglinge demobilisiert hatten, die nun zum Vergnügen der Einwohner ihren Heimweg zu Fuß antreten konnten.

Die große Säge.

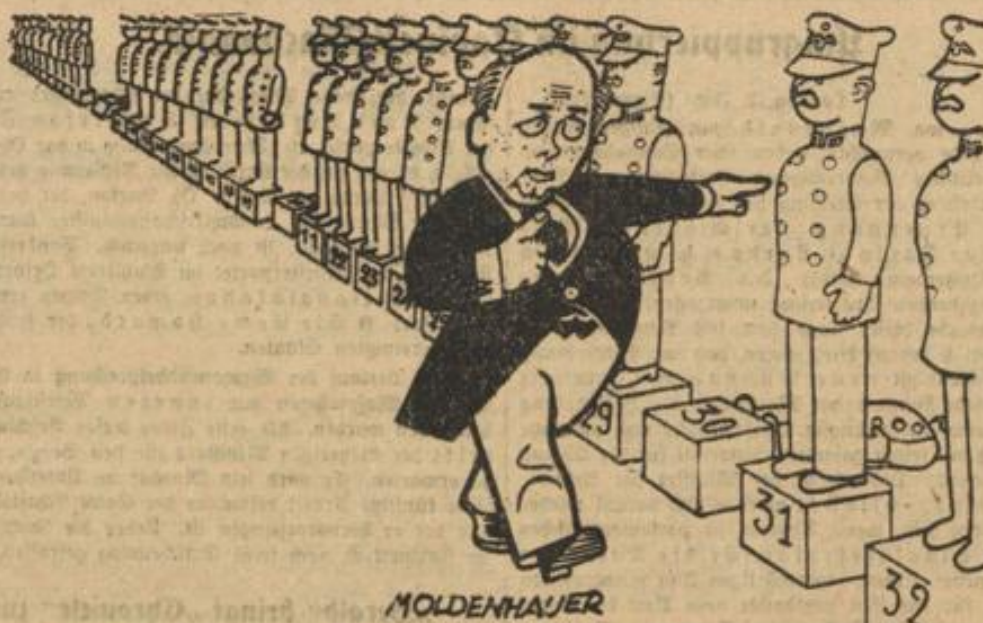
Es wird hinausgeschmissen.

Halle, 2. Juni (Eigenbericht.)

In Eisenburg ist der unbefohlene kommunistische Stadtrat Michorits aus der SPD ausgeschlossen worden. In der letzten Stadterordnungsung erklärten sich 6 Stadterordnete der SPD mit Michorits solidarisch. Sie wollen künftig als kommunistische Opposition auftreten. Die linientreue SPD, die bisher aus 8 Stadterordneten bestand, zählt jetzt nur noch zwei Mitglieder.

Moldenhauers Finanzreform.

Er plant einen Beamtenabbau um 10 Prozent.



Die Beamten werden jetzt lernen, den „Behten“ zu opfern.

Das Westvermögen des Reiches.

Die Deckungspläne für die Osthilfe.

Die Verwertung des durch die Rheinlandräumung freierwerdenden sogenannten Westvermögens des Reiches scheint in Gang zu kommen.

Der Wert des gesamten Westvermögens, das aus einer großen Menge von solid und großräumig gebauten Wohnhäusern von der Ruhr bis hinunter nach Kaiserlautern, aus Kasernen, Verwaltungsgebäuden und Exerzierplätzen besteht, wird auf 150 bis 160 Millionen geschätzt. Den Grundstock des Vermögens bilden die für die Militären erbauten Wohngebäude, deren Wert allein auf etwa 120 bis 130 Millionen Mark zu veranschlagen ist. Aus diesen Wohngebäuden ergab sich bisher eine Rente von rund 5,2 Millionen Mark, ein Betrag, der sich möglicherweise noch etwas erhöhen läßt. Diese Rente ist die Grundlage, auf der sich die Finanzierung des Westvermögens zunächst aufbauen soll, während man bei der Verwertung der Verwaltungsgebäude, Kasernen und Exerzierplätze sich naturgemäß mehr Zeit lassen muß. Es ist klar, daß bei dem gegenwärtigen großen Hunger der Hypothekenhenten nach hypothetisch beleihungswürdigen Objekten die Beleihung der Wohngebäude ziemlich groß sein wird. Man rechnet dabei mit einem Betrage von zunächst rund 30 Millionen Mark.

Auch die Form für die Verwaltung und Verwertung des Westvermögens scheint schon gefunden zu sein. Die Deutsche Bau- und Bodenkulturbank, die sich bekanntlich fast hundertprozentig im Reichs- und Staatsbesitz befindet, dürfte als Treuhänderin für Verwaltung und Verwertung des Westvermögens des Reiches in Aussicht genommen sein. In sie würde in erster Linie auch die Verwertung des Hauptvermögensstocks, nämlich der Wohngebäude, übergehen. Es ist erfreulich, daß auf diese Weise von vornherein die Verwertung zentralisiert und Wucherspekulationen, mit denen in den letzten Wochen schon der Anfang gemacht

wurde, vorgebaut wird. Es ist auch dringend zu wünschen, daß die Verwertung des gesamten Vermögens in sozialem Sinne erfolgt und daß zunächst die Grundstücks- und Wohnungsfürsorgeinteressen der Gemeinden berücksichtigt werden.

Das Osthilfegesetz, das dem Reichsrat ohne Begründung zugestimmt worden ist, sieht neben der Darlehnsbürgschaft des Reiches für mehrere 100 Millionen Mark etwaumäßige Ausgaben in Höhe von 95 Millionen Mark vor, von denen 30 Millionen aus dem ordentlichen und 65 Millionen aus dem außerordentlichen Haushalt entnommen werden sollen. Das Reichsfinanzministerium will aber für diese ganz neue Aufgabe des Reiches keine neuen Mittel anfordern, sondern die benötigten Beträge durch Einsparungen im Haushalt 1930 erzielen. Für diesen Zweck erwägt man im Reichsfinanzministerium folgende Kürzungen: werterschöpfende Arbeitslosenfürsorge 10 Millionen, beim Tilgungsbetrag der schwabenden Reichsschuld 10, bei den einmaligen Ausgaben im Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete 5, und durch Abstriche im Haupthaushaltsplan 5 Millionen Mark.

Die hier genannten Kürzungen beziehen sich sämtlich auf den ordentlichen Haushaltsplan. Im außerordentlichen Haushalt sollen 40 Millionen Einnahmen gewonnen werden aus der Veräußerung reichseigenen Grundbesitzes im besetzten Gebiet. Weitere 25 Millionen Reichsmark sollen durch Abschlag eines gleich hohen Betrages bei den zur Förderung des landwirtschaftlichen Ertragsmerkes in den dünn besiedelten Gebieten angeforderten Mitteln gedeckt werden.

Wenn diese Absichten des Reichsfinanzministeriums Verwirklichung finden, dann wird das Osthilfeprogramm fast ausschließlich auf Kosten der übrigen deutschen Gebietsteile durchgeführt. In eine solche Regelung haben wohl selbst die begeisterten Befürworter des Ostprogramms nicht gedacht.

Billiger Tarif.

Wie politische Verteilung bestraft werden.

Daß politische Sämpfpoole in der Deutschen Republik immer noch einen Freibrief besitzen, beweisen zwei Urteile wegen Verstoßes gegen das Republikshutgesetz.

Der in Rassel stationierte geistige Leiter (!) der Nationalsozialisten hatte vor einigen Monaten in einer Versammlung in Altenburg folgendes ausgeführt:

„Reichskanzler Hermann Müller ist genau so ein Lump, Hermann Müller, der das ganze deutsche Volk in seiner Eigenschaft als Reichskanzler an den Feindband verkauft hat.“

Die Strafe betrug: 140 Mark!

Der verantwortliche Redakteur der deutschnationalen „Saale-Zeitung“ in Halle, Dr. Cize, wurde wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten am Montag in der Berufungsinstantz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 400 Mark Geldstrafe beantragt. Das Urteil stützt sich auf eine Entscheidung des Reichsgerichts.

Als feinerzeit das Konkordat zwischen Preußen und der katholischen Kirche kurz vor seinem Abschluß stand, nahm der politische Redakteur der deutschnationalen „Saale-Zeitung“ gegen die Sozialdemokratie in der unerhörtesten Weise Stellung. Die Politik des preussischen Ministerpräsidenten wurde als nackte, schamlose Judas-Ischariot-Politik bezeichnet. Weiter hieß es in dem Artikel in bezug auf den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, ein Abgrund von Gefinnungslosigkeit, Verleugnung von Wahrhaftigkeit, Ueberzeugungstreue und Ehrlichkeit habe sich hier aufgetan. Von dem großen Schöffengericht in Halle waren diese Redewendungen feinerzeit zwar als schwere Beleidigungen erklärt, aber wegen Wahrung berechtigter Interessen als nicht strafbar angesehen worden.

140 Mark Geldstrafe für gemeine Verleumdung und Beschimpfung des deutschen Reichskanzlers. 100 Mark Geldstrafe für eine infame Charakteristik der Politik des preussischen Ministerpräsidenten. Geldstrafen, die hochmütig aus der Westendofche bezahlt werden.

Solange allerdings die Tarife deutscher Gerichte bei schwerwiegendsten politischen Beleidigungen betritt billig sind, braucht sich die Öffentlichkeit nicht zu wundern, daß die Verwiderung der politischen Sitten noch ständig wächst.

Gruffo Beyersfeld, dessen Ehe vor kurzem geschieden wurde, hat sich mit Frau Daisy Lorenz wieder verheiratet. Politische Schmutzfinken hatten sich bekanntlich beeifert, keine Beziehungen zu Frau Lorenz zu politischen Zwecken mit Schmutz zu bewahren.

Kommunalpolitische Studienfahrt.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages in Ostpreußen.

Königsberg, 2. Juni.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages weilte unter Leitung des Präsidenten Dr. Mulerer vom Sonnabend bis zum Montag auf einer Studienfahrt in Ostpreußen. An der Reise nahmen etwa 30 Vertreter von Groß- und Mittelstädten aus dem ganzen Reich teil, darunter Bürgermeister Scholz-Berlin, Oberbürgermeister Dr. Duppe-Berlin und Dr. Kütz-Dresden.

Auf einer internen Sitzung in Königsberg wurde festgestellt, daß die schwierige Wirtschaftslage in ihren Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen ebenso wie beim Reich dringende Abhilfemaßnahmen erforderlich machen, die zusammen mit der Reichsfinanzreform geist werden müssen. Im besonderen nahe goll die Sitzung des Vorstandes des Deutschen Städtetages den agrarwirtschaftlichen Problemen Ostpreußens. Es wurde hierbei ausdrücklich die enge Verbundenheit zwischen Stadt und Land betont und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit bei der Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft festgestellt.

Hoffentlich haben die Vorstandsmitglieder des Deutschen Städtetages bei dieser Gelegenheit die Vertreter der ostpreussischen Landwirtschaft nicht im unklaren darüber gelassen, daß eine Politik der einseitigen Belastung der städtischen Käufermassen nie und nimmer zu einer Milderung oder gar Beseitigung der Agrarkrise beitragen wird.

Erztrunprinz Rupprecht hält Festreden.

Die Wittelsbacher als Diener des Staates.

München, 2. Juni. (Eigenbericht.)

Die bayerischen Monarchisten veranstalteten nach längerer Pause in Amberg (Oberpfalz) wieder einen sogenannten Weiß-Blau-Tag mit dem Erztrunprinzen Rupprecht als Hauptredner. Vom Balkon des Rathauses herab rührte er seine andächtigen Zuhörer mit historischen Erinnerungen an seine Vorfahren, denen es — wie er kühn behauptete — durch all die Jahrhunderte hindurch Pflicht gewesen sei, ehrlich und treu dem Lande, zu dessen Herrschaft das Geschlecht der Wittelsbacher berufen gewesen sei, zu dienen. Er vergah aber hinzuzufügen, daß verschiedenen Herrschern seines Hauses zu gewissen Zeiten das Ausland lieber war als die Heimat, daß die armen bayerischen Untertanen leizten unter den Steuerlasten, die eine Folge des ungeheuren Luxus waren, den Erbe aus dem Hause Wittelsbach im Ausland trieben.

Neue Labour-Lords.

Umgruppierung im Kabinett Macdonald.

London, 2. Juni (Eigenbericht)

In Chequers, wo Macdonald mit einigen seiner Freunde das Wochenende verbrachte, haben über Sonnabend und Sonntag wichtige politische Besprechungen stattgefunden. Man einigte sich zwecks Stärkung der Stellung des Kabinetts gegen das Oberhaus auf die Ernennung verschiedener Mitglieder der Labour Party zu Lords d. h. zu Mitgliedern des Oberhauses. Außerdem wurde das Arbeitslosenproblem einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Die Regierung wurde dieser Tage von 108 Mitgliedern der Labour-Fraktion schriftlich darauf hingewiesen, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schleunigt neue Maßnahmen notwendig seien. Schon vor diesem Hinweis hat Macdonald die Bekämpfung des Arbeitslosenproblems als wichtigste wirtschaftliche und politische Frage erklärt und sich mit seiner gesamten Autorität für die Lösung dieses Problems eingesetzt. Dadurch ist der Minister für Arbeitsbeschaffung, S. Thomas, entlastet worden und darauf wieder dürfte es zurückzuführen sein, wenn Thomas in parlamentarischen Kreisen als künftiger Staatssekretär für die Kolonien genannt wird, die er neben seinem gegenwärtigen Amt mitverwalten soll. Thomas bringt für das ihm zugedachte neue Amt die besten Kenntnisse mit. Er würde im Falle seiner Ernennung Präsident der im Herbst stattfindenden britischen Reichskonferenz werden, der insbesondere in diesem Jahre eine besonders große Bedeutung zukommt. Es geht zugleich die Rede von einem neuen Ministerkomitee für Arbeitsbeschaffung, dem u. a. Snowden angehören soll. Außerdem wird von zahlreichen Umbefehlungen innerhalb der Regierung gesprochen.

In Verfolg der Wochenendbesprechung Macdonalds werden am Dienstag, dem Geburtstag des englischen

Königs, drei neue Mitglieder des Oberhauses ernannt. Zwei von ihnen, Noel Bugton und Sanderson Furnish, gehören der Arbeiterpartei an. Ihre Ernennung in das Oberhaus zielt hauptsächlich darauf ab, die Stellung der Regierung gegenüber den widerspenstigen Lords zu stärken. Ob Bugton, der bereits in dem ersten Kabinett Macdonald Landwirtschaftsminister war, sein Amt in der Regierung beibehält, ist noch ungewiss. Sanderson Furnish ist als Kandidat der Arbeiterpartei im Wahlkreis Oxford gewählt. Er hat sich als Nationalökonom einen Namen erworben. Der dritte neue Lord ist Sir Esme Howard, der frühere Botschafter in den Vereinigten Staaten.

Im Verlauf der Wochenendbesprechung in Chequers sind auch wichtige Maßnahmen zur inneren Befestigung der Regierung beschlossen worden. Als erste Folge dieses Beschlusses ist der Rücktritt des bisherigen Ministers für den Bergbau, Ben Turner, zu erwarten. Er wird sein Mandat im Unterhaus beibehalten und seine künftige Arbeit besonders der Gewerkschaftsbewegung widmen, aus der er hervorgegangen ist. Ueber die Nachfolge Ben Turners im Kabinett ist noch keine Entscheidung getroffen.

„Herald“ bringt „Chronicle“ zur Strecke.

London, 2. Juni (Eigenbericht)

Der Londoner „Daily Chronicle“, eines der beiden großen offiziellen liberalen Blätter, hat am Sonntag sein Erscheinen eingestellt. Das Blatt wird in die „Daily News“ aufgehen. Es mußte verschwinden als Opfer des „Daily Herald“, des Organs der Arbeiterpartei, dessen Auslageeffizient seit seiner organikatorischen und redaktionellen Umgestaltung von Tag zu Tag steigt.

Wieder Parlamentsbetrieb in Frankreich

Die Wirkung der Rede Tardieus.

Paris, 2. Juni (Eigenbericht)

Im Palais Bourbon erfolgte am Montag die Eröffnung der Sommertagung des Parlaments. Die Finanzkommission der Kammer begann mit der Vorprüfung des Milliardenprojekts der Regierung zur Hebung von Handel, Landwirtschaft und Industrie. Auch zahlreiche Abgeordnete hatten sich in den Wandelgängen eingefunden. Sie debattierten insbesondere über die Rede Tardieus in Dijon.

Die Mehrheitsparteien zeigen sich von dieser Rede natürlich aufs höchste begeistert. Das gleiche kann man von den Radikalen nicht sagen. Immerhin hatten einige Mitglieder vom rechten Flügel der radikalen Partei, insbesondere Caillaux und Monigny, im geheimen bereits vor Wochen mit Tardieu Verhandlungen über die Bildung einer Konzentrationsmehrheit unter Einfluß der Radikalen angetupft. Aber die Sonntagrede Tardieus wird selbst von den konzentrationstüftigen Radikalen als nicht sehr ermutigend empfunden. Man behauptet vielmehr, daß nun alle Brücken zwischen Tardieu und den Radikalen abgebrochen seien. Zu offen sei Tardieu als der Oberherr der Radikalen mehrheitlich aufgetreten, zu sehr habe er die Radikalen mit dem Angebot gedemütigt, sie nur als Zusatz zu seiner jetzigen Mehrheit, wenn auch auf einen guten Platz, zuzulassen. So ist es zu verstehen, daß die Radikalen sich die von dem sozialistischen Parteiführer Léon Blum lancierte Formel zu eigen gemacht haben: Wir müssen alles tun, um Tardieu loszuwerden.

Allerdings sind die Umstände dazu nicht sehr günstig. Die Eröffnung der Sommertagung der Kammer verspricht recht ruhig zu verlaufen. Auf der Tagesordnung steht als erstes Projekt die Ratifi-

zierung des Genfer allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages von 1928. Erst in der zweiten Hälfte des Juni soll die Diskussion über das Milliardenprojekt folgen. Die Interpellationen, von denen eigentlich nur die beiden von Léon Blum und Trossard eingebracht wurden über den Postbeamtenstreik zu größeren Kämpfen Anlaß geben können, werden wie üblich, nach bewährtem Rezept in wöchentlichen Fortsetzungen behandelt und so um alle Wirkung gebracht. Dazu kommt, daß die endgültige Stellungnahme der Parteien und Fraktionen zu der Eröffnungsrede Tardieus erst nach den Pfingstfeiertagen erfolgen wird, weil man die Beschlüsse des sozialistischen Parteitages in Bordeaux abwarten will.

Die Krise in Schweden.

Sozialdemokraten oder Liberale?

Stockholm, 2. Juni (Eigenbericht)

Die schwedische Sozialdemokratie wird die Neubildung der Regierung voraussichtlich ablehnen. Es ist daher mit einem freiköniglichen Kabinett Wikman zu rechnen.

Norwegen schränkt die Rüstung ein.

Um fast ein Drittel.

Die norwegische Regierung beabsichtigt, wie der Kriegsminister mitteilte, die jährlichen Militärausgaben von 46 auf 32 Millionen Kronen herabzusetzen. Davon sollen 17 Millionen für die Landmacht und 15 Millionen für die Seemacht verwendet werden. Die allgemeine Wehrpflicht soll beibehal-

ten, jedoch die Heeresorganisation wesentlich eingeschränkt werden. U. a. ist ein neues Bauprogramm für die Flotte vorgesehen, nach dem die Flotte in Zukunft ausschließlich aus leichteren Schiffen bestehen soll.

Heimwehr schießt auf Arbeiter.

Blutiger Überfall in Niederösterreich.

Wien, 2. Juni. (Eigenbericht)

In dem niederösterreichischen Ort Dunkelsteine bei Neunkirchen überfielen Heimwehrlaute am Sonntag mehrere auf der Straße stehende und sich ruhig unterhaltende Arbeiter. Die Heimwehrlaute waren auf einem Auto von auswärts gekommen. Einer schloß auf einen der Arbeiter und verletzte ihn durch einen Bauchschuß schwer. Ein zweiter Arbeiter erhielt einen schweren Hieb über den Kopf mit einem Spaten. Andere Arbeiter trugen schwere Verletzungen davon. Als die Heimwehrlaute ihren Beruf vollbracht hatten, ergriffen sie die Flucht. In dem Ort Wimpassing wurden sie jedoch von Gendarmen gestellt. Die Durchsuchung ihres Autos führte zur Beschlagnahme zahlreicher Revolver. Mehrere Heimwehrlaute wurden festgenommen.

Der Schießbold — ein ehemaliger Kommunist.

Wien, 2. Juni. (Eigenbericht)

Der Heimwehrlaute, der am Sonntag in Dunkelsteine bei einem Überfall auf Arbeiter vier Schüsse abgab und zwei Arbeiter schwer verletzte, ist am Montag verhaftet worden. Der Schießbold ist ein ehemaliger Kommunist, der im Jahre 1919 in Ungarn als Mitglied der Roten Armee der Räterediktatur gedient hat, später in der österreichischen kommunistischen Bewegung tätig war, sich schließlich der Sozialdemokratie angeschlossen hatte und sich noch vor einigen Monaten in einem Brief an einen sozialdemokratischen Abgeordneten als von den Heimwehrlauten verfolgt hinstellte. Als sein Aufnahmegesuch von der Sozialdemokratie abgelehnt wurde, ging er zur Heimwehr.

Ueberreste eines Putschversuchs.

Waffen- und Munitionsfunde in Baden.

Köln, 2. Juni.

In einem auf der Gemarkung Lüllingen gelegenen Gartenstück, das früher dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Bock gehörte, wurden bei Umgrabungen von dem jetzigen Pächter des Grundstückes eine Anzahl Gewehre und Karabiner, sowie zwei Kisten, die in der Hauptsache Sprengstoff und Munition enthielten, gefunden. Die noch aus dem Vorräucher Aufstand von 1923 herrührenden und offenbar in Vergessenheit geraten sind. Man fand außerdem verschiedene Papiere, sowie den genauen Plan, nach dem damals der Aufstand erfolgen sollte. Die Papiere enthielten besonders auch Verzeichnisse der Namen der damaligen Vertrauensleute in den verschiedenen Orten des Vorräucher Bezirks. Irgendwelche gerichtliche Folgen wird jedoch der Fund nicht mehr haben, da die damit zusammenhängenden Straftaten bekanntlich sämtlich amnestiert sind.

Die Vereinigung „Republikanische Presse“, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Donnerstag, dem 5. Juni, abends 8 Uhr, im Demokratischen Klub, Viktorienstraße 24, einen Aussprachabend. Ministerialrat Hans Goslar wird über das Thema „Regierung und Brotpresse“ und Ministerialrat Dr. Hirschfeld über das Thema „Die Kreisblätter“ sprechen. Die Mitglieder der Vereinigung und eingeführte Gäste sind zu dieser Aussprache eingeladen.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geys; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: R. S. Pöcher; Lokales und Sonstiges: Felix Bartholdi; Anzeigen: Th. Glöckler; sämtlich in Berlin; Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 hierzu 2 Beilagen.

PUTEN
getrocknet
105
Pfd. von 1 an

HÜHNER
getrocknet
82
Pfd. von 1 an

Heute zu Tiers:

Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf sowohl Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten
Leicht verderbliche Waren sind vom Verkauf ausgeschlossen!

ENTEN
getrocknet
110
Pfd. von 1 an

HÜHNER
frisch
105
Pfd. von 1 an

Obst und Gemüse
Bananen 2 Pfd. 98 Pf.
Apfelsinen 3 Pfd. 72 Pf.
Zitronen Dutzend von 45 Pf.
Ital. Kirschen Pfd. 55 Pf.
Algier-Tomaten Pfd. 38 Pf.
Radieschen 3 Band 10 Pf.
Stachelbeeren Pfd. 20 Pf.
Salat 4 Köpfe 20 Pf.
Rhabarber 3 Pfd. 14 Pf.
Grüne Gurken Stück v. 20 Pf.
Grüne Bohnen 2 Pfd. 35 Pf.
Spargel Pfd. von 10 Pf.
Kohlrabi Mandel 25 Pf.
Wirsingkohl Pfd. 10 Pf.

Konfitüre (je 2 Pfd.)
Pflaumen 90 Pf.
Aprikosen, Johannisbeer 1,15
Himbeer, Kirsch 1,30
Erdbeer 1,40, Ananas 1,45
Vierfruchtmarmelade 85 Pf.

Käse und Fette
Romadour 20%, 2 Stück 25 Pf.
Allg. Stangenkäse 20%, Pfd. 38 Pf.
Tilsiter vollfest Pfd. 72 Pf.
Sleinbuscher vollfest, Pfd. 78 Pf.
Dän. Schweizer 80%, Pfd. 80 Pf.
Edamer 40%, Pfd. 92 Pf.
Holländer 40%, Pfd. 92 Pf.
Margarine Pfd. 50, 62 Pf.
Molkereibutter Pfd. 1,36
Tafelbutter Pfd. 1,52
Dänische Butter Pfd. 1,62

Fische
Kabeljau im ganzen Pfd. 18 Pf.
Schellfisch im ganzen, Pfd. 20 Pf.
Schollen grosse 3 Pfd. 35 Pf.
Rotbars Pfd. 22 Pf.
* in allen Häusern außer Androsabr.

Frisches Fleisch
Schweinebauch ohne Beilage, Pfd. 92 Pf.
Schweineschulterblatt Pfd. 90 Pf.
Schweinekamm oder Schopf, Pfd. 1,28
Pökelkamm mild Pfd. 1,28
Schweineköpfe mit Backe, Pfd. 40 Pf.
Eisbein mit Spitzbein, gepökelt, Pfd. 58 Pf.
Rückenfilet o. Schw. bratfertig, Pfd. 74 Pf.
Schweinenieren frisch Pfd. 98 Pf.
Berliner Bratwurst Pfd. 1,00
Gehacktes Pfd. 85 Pf.
Kalbstoilet Pfd. v. 1,58 an
Kalbschnitzel Pfd. v. 2,20 an
Kalbsroulade Pfd. v. 1,48 an
Rinderleber Pfd. 1,20
Hammelvorderfleisch Pfd. v. 1,04 an
Suppenfleisch Pfd. v. 73 Pf.
Rinderlunge Pfd. 38 Pf.
Rinderherzen frisch Pfd. 38 Pf.
Euter frisch Pfd. 24 Pf.
Hammelvorderfl. gefr., Pfd. v. 88 Pf.
Hammerrücken gefroren Pfd. 96 Pf.
Hammelkeule gefroren Pfd. 1,08
Rinderbacken o. Kn., gefror., Pfd. 0,48

Wurstwaren
Sülzwurst Pfd. 90 Pf.
Dampfwurst Pfd. 96 Pf.
Leberwurst Pfd. 1,10
Schinkenpolnischell Pfd. 1,20
Mettwurst Pfd. 1,25
Zervelat u. Salami Pfd. 1,65
Teewurst Pfd. 1,70
Schinkensped Pfd. 1,88
Feller Speck Pfd. 94 Pf.
Magerer Speck Pfd. 1,30

Räucherwaren
Fettbücklinge Pfd. 38, 45 Pf.
Rotbars Pfd. 42 Pf.
Stückenlundern Pfd. 42 Pf.
Seolachs Pfd. 42 Pf.
Portug. Salsardinen 4 Port.-St. 98 Pf.

Backartikel
Auszugsmehl Pfd. 28, 30 Pf.
Sultaninen Pfd. von 36 Pf.
Korinthen Pfd. 54 Pf.
Süsse Mandeln Pfd. 1,68
Zitronat Pfd. 1,40
Kokosraspel Pfd. 56 Pf.
Hartgriess Pfd. 34 Pf.
Weizengriess Pfd. 30 Pf.
Vanillezucker 5 Beutel 20 Pf.
Vanille in Stangen Das 18,35, 55 Pf.
Kakaopulver Pfd. 58 Pf.
Kaffee Pfd. von 2,10 an
Tafelöl Flasche 24, 46, 90 Pf.
Himbeer-Kirsch-od.-Saft
Zitronen-Saft
140 13⁵⁰
4, Flasche 10 Flaschen
auch sortiert, einschließl. Flasche

In fast allen Abteilungen:
Billige Angebote für das Pfingstfest!

Ferionsonderzüge 1930.

Geringe Ermäßigungen. — Bestellungen nur schriftlich.

Die Reichsbahn ist in diesen Tagen mit dem Fahrplan ihrer Berliner Ferionsonderzüge herausgekommen, an denen aber die, die mit einer besonderen Ermäßigung gerechnet haben, keine große Freude haben werden. Es wird nämlich eine Fahrpreisermäßigung von nur 10 Proz. gewährt. Bedingt Ostpreußen bekommt eine Extramarke: wer nach Ostpreußen fährt, erhält eine Ermäßigung von einem Drittel des Gesamtfahrpreises. So sehr man wünschen muß, daß der deutsche Ferienverkehr Ostpreußen nicht verzieht, so wenig versteht man, daß die Reichsbahn für ihre Ferionsonderzüge nicht die Preise für Gesellschaftsfahrten stellen läßt, für die eine Ermäßigung von 25 Proz., also gleichfalls ein Drittel des Fahrpreises vorgesehen ist. Denn ein Ferionsonderzug ist ein rundes, glattes Geschäft für die Reichsbahn. Wenn es selbstverständlich ist, daß derartige Züge beschleunigt durchgeführt werden, betont die Reichsbahn, daß sie dafür keinen Sonderzuschlag erhebt. Auf der Rückfahrt können alle fahrplanmäßigen Sonderzüge benutzt werden. Bei Benutzung von zuschlagpflichtigen Zügen ist jedoch in beiden Fällen der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. Fahrunterbrechung ist im Sonderzuge nicht gestattet. Bestimmte Plätze werden in den Ferionsonderzügen nicht zugewiesen. Jedem Reisenden wird aber dadurch ein Sitzplatz gesichert, daß ihm bei Abholung der Fahrkarten ein Abteil bezeichnet wird, in dem er im Sonderzuge auf der Hin- und Rückfahrt einen Platz findet.

Die Fahrkarten können in Berlin im Interesse einer reibungslosen Abwicklung des Verkehrs nur schriftlich unter Verwendung der besonders hierfür vorgesehenen Bestellkarten mit Rückantwort bestellt werden, die bei sämtlichen Fahrkartenausgaben des Bezirks zum Ende nächster Woche an kostenlos abgegeben werden. Die Bestellungen (Bestellkarten) sind nur durch die Post an die in den amtlichen Ausschüssen und im Ueberfließgebiet bei jedem Sonderzuge angegebene Fahrkartenausgabe frühestens zum 10. Juni einzufenden. Vor dem 10. Juni eingehende Bestellungen müssen zur Vermeidung von Benachteiligungen der richtig bestellenden Reisenden unbeantwortet und unberücksichtigt bleiben. Die Besteller erhalten in jedem Falle Bescheid, ob ihrer Bestellung entsprochen werden konnte oder nicht. Ueberfließgebiete mit sämtlichen Angaben werden schon Anfang der nächsten Woche bei den Fahrkartenausgaben der Fernbahnhöfe für 20 Pf. erhältlich sein.

Folgende Verkehrsstage sind für Ferionsonderzüge von Berlin festgelegt worden:

Nach der Ostsee.

Misdroy-Röslin: von Charlottenburg am 3., 5. und 6. Juli um 10,40 Uhr, vom Stettiner Bahnhof am 3., 4., 5. und 12. Juli um 10,35 Uhr. Fahrkarten werden ausgegeben nach Hoyt oder Remahl, Deep, Kolberg 15,— M., Henkenhagen oder Timmenhagen, Alt-Banzin oder Südenhagen oder Köslin 20,20 M., nach Misdroy 15,90 M. und nach Dienenom oder Heldebrint 16,90 M. — Swinemünde: von Charlottenburg am 3., 4. und 5. Juli um 9,50 Uhr, ab Stettiner Bahnhof am 3., 5. und 12. Juli um 9,25 Uhr. Fahrkarten werden ausgegeben nach Swinemünde 14,30 M., nach Ahlbeck oder Ferlingshof, nach Banzin 15,20 M., nach Uckeritz oder Köppliner oder Kolerow, nach Jempin oder Jinnowitz oder Carlsbogen-Trassenheide 16,50 M. Zu dem Sonderzuge vom Stettiner Bahnhof nach Swinemünde am 3. Juli werden auch durchgehende Fahrkarten nach Jappot, Pillau und Königsberg ausgegeben, die ab Swinemünde hin und zurück über den Seeweg gelten. — Sahnitz-Pulbus: von Charlottenburg am 4. Juli um 10,40 Uhr, vom Stettiner Bahnhof am 3. und 4. Juli, am 3. Juli um 11,25 Uhr, am 4. Juli um 10 Uhr. Fahrkarten werden ausgegeben nach Greifswald, Lubmin 18,20 M., Stralsund, Jangst oder Preeram, nach Hiddensee, Bergen, Putbus oder Bantebad, Sogard, nach Sahnitz 19,30 M., nach Binz oder Sellin oder Boabe oder Gähren 21,50 M. — Warnemünde: am 2. Juli um 14,50 Uhr, am 3. Juli um 11,00 Uhr. Die Sonderzüge verkehren vom Stettiner Bahnhof. Fahrkarten werden ausgegeben nach Warnemünde 15,20 M., Bad Dabersin oder Heiligenhafen oder Brunnshaupten oder Ostseebad Ahrensee oder

Arpelin 16,20 M., nach Ribnik oder Rössershagen 16,20 M. — Lauenburg (Bomnern): am 3. und 4. Juli, Abfahrt ab Stettiner Bahnhof 10,19 Uhr. Fahrkarten werden ausgegeben nach Kolberg, nach Köslin, Henkenhagen oder Timmenhagen oder Südenhagen oder Alt-Banzin 21,60 M., nach Rügenwalde oder Stolpmünde 25,— M. und nach dem Ostseebad Leba 30,60 M.

Nach der Nordsee.

Hamburg-Weserland: am 2., 3. und 5. Juli, Abfahrt Behrter Bahnhof um 7,02 Uhr, Ankunft in Hamburg um 12,15 Uhr, in Westerland um 18,18 Uhr. Es werden außer nach Hamburg 19,60 M. durchgehende Fahrkarten ausgegeben nach Bisum, Hufum, Garding und nach den nordfriesischen Bädern Wol (Jöhr), 41,30 M., Amrum 46,70 M., Westerland (Spil) 39,10 M., Benningstedt (Spil) und Kampen (Spil). Ferner werden in Berlin in Verbindung mit Ferionsonderzugarten nach Hamburg auch nach folgende Anfahrtsarten ab Hamburg ausgegeben: nach Cuxhaven, Helgoland, Kiel, Lübeck, Flensburg, Malente-Orensminnen und Travemünde. — Bremen-Norddeich: am 2., 3. und 5. Juli, Abfahrt Behrter Bahnhof um 22,30 Uhr. Fahrkarten werden ausgegeben nach Bremen 22,80 M., Wilhelmshaven-Rüstringen, Emden, Norddeich. Außerdem durchgehende Fahrkarten nach den ostfriesischen Inseln: Baltrum, Borkum 49,70 M., Juist, Langeoog, nach Rorderney 42,50 M., Spiekeroog und nach Wangerooge 43,70 M.

Nach Süd- und Südwestdeutschland.

München: am 1., 2., 3., 4., 5., 12. und 26. Juli und am 16. August. Die Sonderzüge fahren an allen Tagen um 15,51 Uhr, am 1. Juli auch um 16,52 Uhr vom Anhalter Bahnhof über Halle-Rürnberg. Von München ab können nach den über München hinaus gelegenen Zielbahnhöfen fahrplanmäßige Züge benutzt werden. Die Fahrkarte nach München kostet 43,60 M. Die hinter München gelegenen Zielorte sind in Wahlkarten zusammengestellt. Die Reisenden können dadurch auch von einem anderen als ihrem ursprünglichen Zielort zurückkehren. — Ostsee-Berchtesgaden (über Regensburg-Rudolfs): am 2., 3. und 12. Juli sowie am 16. August. Fahrkarten nach Regensburg, Plattling, Passau, Bad Reichenhall, Berchtesgaden und Salzburg. — Oberstdorf-Lindau: am 3. und 5. Juli. Fahrkarten nach Augsburg, Füssen, Fronten-Steinach, Oberstaufen, Lindau-Stadt und Oberstdorf. — Garmisch-Parten-

kirchen: am 2., 4. und 12. Juli sowie am 16. August. Fahrkarten nach Augsburg, Murnau, Garmisch-Partenkirchen, Mittenwald, Geisen (Obb.) und Oberammergau. Die zu diesen durchgehenden Zügen ausgelegten Fahrkarten stellen sich im Preise teilweise billiger als die entsprechenden Fahrkarten zu den Zügen nach München. Für die Rückfahrt der Ferionsonderreisenden von Oberammergau nach Berlin werden zuschlagfreie Rückfahrzüge, die beschleunigt durchgeführt werden, am 20. und 27. Juli, am 3., 10. und 17. August gefahren. München ab 10,10 Uhr, Berlin an 23,29 Uhr. — Anfahrts-Rückfahrkarten nach Wien. Reisende mit Ferionsonderzugarten nach Salzburg oder Passau erhalten in Salzburg und Passau um 25 Prozent ermäßigte Anfahrts-Rückfahrkarten 3. Klasse Schnellzug nach Wien (Westbahnhof) über Vins. — Würtemberg: am 2., 6. und 12. Juli Abfahrt Berlin (Anhalter Bahnhof) 14,59 Uhr. Fahrkarten werden ausgegeben nach Heilbronn, Stuttgart (43,60 M.), Ulm, Freudenstadt und nach Friedrichshafen (57,50 M.).

Schwarzwalde: am 2., 4., 5., 12. und 26. Juli; am 16. August. Die Sonderzüge am 26. Juli und am 16. August verkehren vom Anhalter Bahnhof, Abfahrt 14,59 Uhr die übrigen Sonderzüge vom Potsdamer Bahnhof, Abfahrt 13,20 Uhr. Fahrkarten nach Heidelberg, Mannheim (42,20 M.), Neustadt (Hardt), Karlsruhe, Baden-Baden oder Wildbad (48,40 M.), Dörfen, Freiburg (Breisgau) oder Triberg (54,80 M.), Neustadt (Schwarzwald) oder Tübingen, nach Müllheim oder Donaueschingen, nach Basel (59,30 M.) und nach Konstanz (62,90 M.).

Nach Schlefien.

Hier- und Riesengebirge: Bad Günsberg/Ober-Schreiberhau, Krummhübel am 2., 3., 4., 5. und 12. Juli, am 16. August. Görlitzer Bahnhof ab 11,38 Uhr, am 3. Juli auch um 9,02 Uhr, am 3. Juli nur um 9,02 Uhr. Außerdem verkehrt am 5. Juli ein Sonderzug vom Bahnhof Friedrichstraße ab 10,00 Uhr. Fahrkarten nach Hirschberg, Bad Günsberg, Warmbrunn oder Hermsdorf oder Petersdorf, nach Oberschreiberhau 21,40 M., Krummhübel 22,20 M. und Schmiedeberg. — Gläser Gebirge: Glatz am 3. Juli Friedrichstraße ab 10,05 Uhr. Fahrkarten nach Glatz 26 M., nach Altschilde oder Reinerz oder Studoma-Sachs 27,80 M., nach Landeck oder Seibenberg 27,80 M. und nach Langenau Bad ober Ebersdorf oder Mittelwalde 27,80 M.

Nach Ostpreußen.

Königsberg-Insterburg oder Marienburg: am 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 12., 19. und 26. Juli, am 16. August. Abfahrt der Sonderzüge vom Bahnhof Friedrichstraße um 16,35 bzw. 20,38 Uhr, am 1. Juli um 16,35 und 20,38 Uhr. — Insterburg über Deutsch-Eylau: am 3., 6., 8. und 13. Juli, am 17. August. Abfahrt der Sonderzüge vom Bahnhof Friedrichstraße um 20,38 Uhr. Für die Fahrkarten nach Ostpreußen wird eine Fahrpreisermäßigung von 35 Proz. gewährt.

Nach dem Rheinland.

Köln: am 2. und 3. Juli, am 16. August. Abfahrt der Sonderzüge vom Potsdamer Bahnhof um 19,20 Uhr. Fahrkarten nach Brilon Bad oder Betswig, Arnberg, Hagen oder Schwerte 31,80 M., Elberfeld oder Barmen, Düsseldorf, Köln 38,60 M.

Nach Thüringen, Harz und Sächsischer Schweiz.

Schwarzburg-Sondersdorf (Thüringen): am 3. Juli, Anhalter Bahnhof ab 11,20 Uhr. Fahrkarten nach Bad Kösen, Rudolfsstadt oder Saalfeld oder Bad Nauendorf und nach Schwarzburg oder Sondersdorf 20,60 M. — Eisenach: am 4. und 5. Juli, Abfahrt Anhalter Bahnhof ab 11,20 Uhr. Fahrkarten werden ausgegeben nach Rautenburg oder Bad Kösen oder Bad Sulza 14,40 M., Gotha, Weimar, nach Eisenach oder Ilmenau oder Oberhof oder Friedrichsroda oder Tambach-Dietfurt 21,80 M.

Nordharz (Goslar, Thale): am 3., 4. und 5. Juli. Abfahrt ab Potsdamer Bahnhof um 9,05 Uhr. Fahrkarten nach Queblinburg oder Thale, Altesbad, Blankenburg 15,60 M., Elbingerode oder Nübbelund, Tanne, Wernigerode oder Ilseburg, Bad Harzburg oder Goslar 16,80 M., nach Schlerke oder Elend oder Drei-Annen, Hohne 18,— M., nach Bennedestien oder Sorge und nach Braunlage. — Südharz (Sachsen-Anhalt): am 3. Juli. Abfahrt ab Friedrichstraße um 7,21 Uhr. Fahrkarten nach Berga-Neubra, Nordhausen, Wolfenried oder Bad Sachsa, Schwarzfeld oder Herzberg, Diederode oder Gittelde oder Seelen, nach Ballenstedt-Ost oder West oder Gertrode oder Bad Suderode oder Queblinburg 13,20 M., nach Braunlage und Altesbad.

Sächsische Schweiz: Bad Schandau: am 3. Juli. Abfahrt Anhalter Bahnhof um 11,40 Uhr. Fahrkarten nach Oberpöhlitz oder Pöhlitz-Wehlen oder Rathen, nach Königstein oder Bad Schandau oder Pilsdorf 14,80 M.

Buschs Testament.

Wo steden die Korruptionsgelder des Verstorbenen?

Das Testament Buschs ist gestern eröffnet worden. Alleinerbe des Vermögens, das aus einer Anzahl von Beteiligungen, Hypotheken und auch aus Bargeld besteht, ist die Gattin des Verstorbenen, nicht, wie vielfach angenommen wurde, sein Sohn. Es ist beabsichtigt, eine Nachlassverwaltung einzuleiten, die die Interessen der Erbin wahrnehmen soll. Die Einäscherung der Leiche wird voraussichtlich Mittwochs erfolgen.

Ueber den korruptierten Stadtrat dürfte jetzt, wenn nicht alle Anzeichen trügen, viel mehr ans Tageslicht kommen, als es zu seinen Lebzeiten möglich war. Der Nachlassverwalter wird wahrscheinlich vielmehr über die Geschäfte des ehemaligen Stadtrates ermitteln, als bisher der Staatsanwalt. Es wird umfangreicher Arbeiten und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland bedürfen, um festzustellen,

in welchen zahllosen Beteiligungen Busch die Gewinne, die er aus seinen Geschäften gezogen hat, versteckt hatte.

Diese Aufdeckung kann jetzt rücksichtslos erfolgen, weil kein Staatsanwalt sich für diese Dinge mehr interessieren darf. Wahrscheinlich wird diese Tafel der Erben für gewisse Geschäftsfreunde des Verstorbenen sehr unangenehm sein, und man geht nicht fehl in der Annahme, daß in der Affäre Busch noch manche Enthüllungen zu kommen werden.



Immer weiter nach Norden und Osten reiste ich. Eines Tages wurde es licht zwischen den Bäumen. Noch waren sie hochstämmig, doch trugen sie nicht mehr die lebendigen Farben wie vorher. Und hartes, dickes, mehrere Meter hohes Gras fraß sich hier und da schon in den Wald hinein. Aber bald waren die großen Steppen im Norden erreicht, und nur noch wenige verküppelte Bäume ragten gen Himmel.

Große Herden von Hornvieh, wilden und gezähmten, tummeln sich, und zum erstenmal seit zwei Jahren erhalte ich frische Butter und frische Milch.

Und Yera folgte mir unentwegt. Sie ist entweder mit der Dienerschaft oder ganz allein. Und nachts lag sie auf der Matte vor meinem Bett. Es kam manchmal vor, daß sie außerhalb meines Zeltes schlafen mußte, weil die Matte schon besetzt war. Dann war sie meist ein paar Tage lang kesselig. Sie schlug logar diejenige Frau, die ihr den Platz weggenommen hatte. Da gab ich ihr eine besondere Matte für die Nächte, wo sie nicht bei mir sein konnte. Da antwortete sie, ihr Platz wäre da, wo sie schon in der ersten Nacht geschlafen hätte und nicht anderswo. Und sie verbrannte die Matte. Ich erwiderte nichts. Ließ sie tun und lassen, kommen und gehen, wie sie wollte. Im übrigen war sie artig und versuchte sogar, sich nützlich zu machen.

Der Grasmald schien ihr kein rechttes Land für Menschen oder Tiere zu sein. Korn und frisches Ochsenfleisch mundeten ihr gewiß, doch meinte sie, das wäre gar nichts gegen die saftigen Früchte des Waldes und das getrocknete Wildfleisch.

Und was für Männer kann dies Land schon erzeugen, wo doch die gefährlichste Jagd höchstens die Erlegung von Büffeln oder auch einmal von einem Rothorn ist? Die Azande töten Elefanten! Mit einem Sprunge steht der Bogenschütze auf dem linken Hinterfuß des Ungeheuers, hält sich mit einer Hand am Schwanz des Elefanten fest und stößt ihn

mit der andern die Lanze in den Leib, führt sie so lange aus und ein, bis das Tier vor Blutverlust umstürzt. Und oft sind die Stohzhöhne eines Elefantenbullen länger als ein ganzer Ochse!

Witten in der trockenen Jahreszeit lehrte ich wieder in den Urwald zurück.

Das Malariafieber plagte mich dann und wann mit heftigen Anfällen. Dann pflegte Yera am meinem Bette zu sitzen, trocknete mir das Gesicht, wuschelte die Wäsche. Und jedesmal, wenn ich aufblühte, begegnete ich dem dunkel flammenden scheuen Blick ihrer wunderlichen Augen, die mich lächerlich genug an andere, hellere Augen erinnerten. Aber das kam wohl nur daher, weil in meinem geschwächten Zustand auch der leiseste Anlaß genügte, um vergangene Zeiten in mir wach werden zu lassen. Denn an diesem Negermädel war natürlich nichts, was sich wirklich mit der Herrlichkeit einer weißen Frau vergleichen ließ.

Eines Tages — der uns auf einem Flusse entlangführte und der wohl einer der heißesten der Jahreszeit gewesen sein mochte — erreichten wir unsern Lagerplatz bei Sonnenuntergang. An so einem Tage ist die Stunde nach Sonnenuntergang die schlimmste der bösen Stunden. Da reagiert der Körper gegen die schreckliche Hitze und der Schweiß entquillt den Poren so stark, daß alle Kleider grobe, nasse, tropfende Flecke bekommen. So einem Tage folgt stets ein Wolfenbruch. Und alles sucht so schnell wie möglich unter Dach zu kommen. Denn die Eingeborenen fürchten die Kälte des Regens mehr als die brennende Sonnenhitze.

Ich liege in meinem Zelt und höre den Regen auf das Blätterdach des Waldes hoch über mir herabprasseln. Dann flutschen schwere Tropfen auf das Zeltuch nieder. Und fern im Osten dröhnen Donnerwolken aneinander.

Yera sitzt in einer Ecke. Sie fürchtet sich vor dem Boot und vor Unwetter. Sie sieht zu mir hin und lächelt süßsauer: „Es ist viel Regen unter dem Himmel, Judchi!“

„Halt du Angst?“ frage ich mutig. Und doch ist ein Wolfenbruch in den Tropen kein Kinderspiel. Erst vor ein paar Tagen wurden dicht vor Yera zwei Träger vom Bliz erschlagen. Der eine wurde zerrissen und fiel ihr vor die Füße, der andere blieb starr, wie in die Erde gerammt, stehen.

Wie tausend geballte Fäuste trommeln die Regengüsse gegen das Zelt und der Donner tobt. Ich halte es nicht

länger aus, stach dazuliegen und habe nicht Mut, zu stehen, deshalb lege ich mich auf. Ich weiß, daß der nächste Schlag gerade über unseren Köpfen losbrechen wird und sage zu mir selbst, wie schon so oft in solchen Fällen: „Ruhe jetzt! Denke an etwas anderes. Kopf hoch!“

Da geht es los, erst abgekocht wie ein Hustenanfall, der nicht recht zum Ausbruch kommt, dann aber dröhnt es in langen Schwingungen wie ein Dynamitlager, das in die Luft fliegt. Dichter und heißer wird der Sumpfdampf, der das Zelt erfüllt, und mir ist, als drehe es sich im Kreise und tanze auf und nieder. Der Luftdruck, den der Donner verurteilt, und der verbrannte Geruch der Sumpferde, die urplötzlich in Schlamm aufgelöst wird, betäuben mich halb. Blinzeln liege ich auf dem Bette und halte mich fest.

Und endlich schleicht sich ein frisches, kühles Lüftchen durch den Türvorhang herein. Denn dieser Donner Schlag war der letzte, mit dem das Unwetter uns schrecken wollte, ehe es weiter nach Westen zog.

Und verwundert entdecke ich, daß ich die kleine Yera in meinen Armen halte, die kleine Yera mit den zarten Gliedern und der schweren Brust.

Sie lächelt: „Bist du böse, Judchi, weil ich zu dir gekommen bin? Sei wieder gut! Ich habe es so satt, immer allein auf der Matte zu liegen!“

Ich sehe, daß sie die geflochtene Schnur, die für sie die eigentliche Bekleidung ihrer Nacktheit bedeutet, abgelegt hat, und ich sage: „Wilst du nun doch meine Frau sein?“

„Ich habe solche Angst vor dem Bliz, Judchi!“ entgegnete sie und schmiegt sich an mich mit ihrem Jungfrauenleib, der wie Waldhumus duftet.

So ward Yera also meine Frau.

Aber unsere Hüttenwachen vergingen nicht ohne Streitereien. Schon in der allerersten Zeit legte die Verschiedenheit unserer Ansichten uns bittere Worte des Hohns und Spottes in den Mund.

Wenn Yera geflochtene Schnüre über ihre jungen, festen Brüste spannte, um sie zum Falten zu bringen — denn daran erkennt man erst eine reife Frau — schalt ich laut über Unverstand und Barbarei. Aber Yera schämte sich ihrer Mädchenbrust — wie sie sie höhnisch nannte — und verbarg sie vor den Augen ihrer Stammesgenossinnen, damit sie nicht merken sollten, daß ihr Mann sie zwang, allen Modenkünsten zu entzagen.

(Fortsetzung folgt.)

Am Vermissten will man sparen.

Eine Protestkundgebung der Sozialrentner.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Waisen Deutschlands, Bau Berlin, hatte in den Kammerföhlen Teltower Straße zu einer Protestkundgebung gegen den Abbau sozialer Fürsorgemaßnahmen geladen.

Der große Saal war überfüllt, viele mußten wieder umkehren. Verbandsvorsitzender Ratthes schilderte die außerordentlich schwere Lage der Rentnempfänger, aus deren Reihen sich das Hauptkontingent der Selbstmörder zusammensetzt. Trotzdem aber leben sie nach Ansicht der kapitalistischen Welt immer noch zu gut und die „Faulheitsprämie“ soll vom Etat des verarmten Staatshaushalts gestrichen werden. Sparen am unrichtigen Ende! Wie der zweite Referent, der sozialdemokratische Stadtverordnete Robert Rohde, sehr richtig ausführte, ist unsere heutige Sozialpolitik keine Sache der Ethik und des Wohlmollens, sondern die Erfüllung berechtigter Forderungen von Menschen, die Arbeit und Kraft dem Staate zur Verfügung gestellt haben und jetzt ihr Älteste erhalten sollen. Es ist nun einmal des Proletariats Los, sich all seine Rechte schwer erkämpfen zu müssen und so bleibt dies auch den Ältesten nicht erspart. In einer einstimmig gefaßten Resolution forderte der Verband Aufhebung der Abbau-maßnahmen, Aufrechterhaltung der für April geltenden Richtigkeits- und Auszahlung der in Abzug gebrachten Unterstützungsgelder; außerdem in Anbetracht der bevorstehenden Teuerung der Lebensunterhaltungskosten eine Erhöhung der bestehenden Richtigkeits. Von den geladenen Körperschaften hatten der Berliner Magistrat und das preussische Wohlfahrtsministerium infolge Arbeitsüberhäufung abgesehen.

Rundfunk bringt es an den Tag.

Ein Schwindler muß seinen Steckbrief abhören.

Die Herren Gauner und Betrüger haben es gewiß nicht leicht. Daß die moderne Polizei mit ihren modernen Ermittlungsmethoden ihnen das Leben hauer macht, das wissen sie ja ganz genau. Aber das jetzt auch der Rundfunk sich um die Ermittlung und Entlarvung von Mitgliedern erfolgreich bemüht, dürfte ihnen doch wohl neu sein. Soeben hat sich ein Fall ereignet.

Vor einiger Zeit berichteten wir von einem Betrüger, der kleine Siedler um Geld betrog, indem er ihnen den Gewinn eines Grundstückes vorpiegelte. Er schwindelte den Leuten vor, daß sie bei einer großen Versicherung, an die eine Familienzeitschrift angeschloffen sei, einen Preis erzielt hätten und daß ihnen nicht bares Geld, sondern ein Stück Land mit einem Häuschen zugefallen sei. Für Schreibgebühren seien 50 bis 60 Mark zu entrichten, die die Leute in ihrer Freude auch willig zahlten. Nach der Befreiung, die die Geschädigten durchweg gaben, mußte der Betrüger ein aus Höflichkeit gebürtiger, 36 Jahre alter Heinz Siwert sein, man wußte aber nicht, wo er seinen Unterschlupf hatte. Jetzt hat sich Siwert selbst der Kriminalpolizei gestellt und dabei erzählt, was ihn dazu veranlaßt.

Bei einer Nachbarin hörte er den Rundfunkdarbietungen zu. Nach Schluß des Programms wurde durch den Lautsprecher eine Warnung vor dem Betrüger Siwert bekanntgegeben. Nicht nur sein Trieb, sondern auch seine Person wurde in allen Einzelheiten beschrieben und mit Schreden sah Siwert, daß die Nachbarin ihn immer trübseliger musterte. Als schließlich sogar sein Knecht — derselbe, den er anhatte — ausführlich beschrieb wurde, schaute ihn die Frau grimmig an und sagte ihm auf den Kopf zu, daß er der gefürchtete Betrüger sei. Siwert machte sich schnell aus dem Staube, hielt es aber doch für geraten, nur zur Polizei zu gehen. Die Zahl der Siedler, die von ihm beschwindelt worden sind, ist ziemlich groß.

Internationale Pelz Ausstellung Leipzig.

In Leipzig ist jetzt die „Ipa“ auf dem Ausstellungsgelände der Technischen Messe am Völkerschlachtdenkmal feierlich eröffnet. Unter den mehr als 3000 Ehrengästen bemerkte man u. a. den tschechischen Ministerpräsidenten Schiet, den Vizepräsidenten des Reichstags Kardorff und als Vertreter der Reichsregierung Staatsminister Trendelenburg, der die Grüße der Reichsregierung überbrachte. Der neue Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Girdeler, begrüßte namens der Stadt die vielen Gäste. Während der englische Botschafter Sir Rumbold für die über 20 fremden Nationen sprach, die die „Ipa“ besucht haben. Gleichzeitig wurde die Internationale Jagdausstellung eröffnet.

Schon ein kurzer Rundgang durch die Ausstellung zeigt auch dem Laien, warum Leipzig und keine andere Stadt gerade für die Pelzausstellung gewählt wurde. In der naphthalinergeschwängerten Luft der hier aufgestellten Pelzschäbe erinnert man sich an die Tatsache, daß es heute in Leipzig über 450 Pelzfürmer gibt, die über 12000 Angestellte beschäftigen, und deren Jahresumsatz im Jahr der Wirtschaftskrise 1929 die Kleinigkeit von über 700 000 000 M. betrug. In der Deutschlandhalle befinden sich außer dem „Briß“ noch der Pavillon der führenden Pelzmodellhäuser und der „historisch sehr interessante Kürschnerlehrensaal“ der mit seinen Junstiruben und alten Föhnen das edle Handwerk der Kürschner würdig vertritt. In der Halle der Nationen haben die fremden Aussteller ihre Stände. Rußland nimmt naturgemäß den größten Platz ein, aber seine 400 lebenden Pelztiere sind noch nicht eingetroffen, so daß der Stand noch ziemlich leer wirkt. Dänemark bringt eine Eisbärengruppe, während der Afrikaforscher Dr. Gebbing erotische Tiere aus dem Urwald zeigt. Die Vereinigten Staaten haben ihre Pelze in einem Miniaturwolkenträger ausgestellt. Impofant wirkt die englische Pelzschau. Ein Reich für sich ist unter den fünf Hallen die Jagdausstellung. Hier ist besonders interessant die historische Ausstellung. Alte Waffen, Gewehre, Armbrüste, Säusedern schmücken die Wände. Unter den unzähligen Geweihen prangt als Hauptstück das mächtige rund 3000 Jahre alte Geweih eines prähistorischen Riesenbirsches. Eine besondere Attraktion der „Ipa“ ist der Park lebender Pelztiere. In diesem „Lugusoo“ sieht man die kostbaren Blau- und Silberfuchs heimischer und fremder Pelztierfarmen. Aber daneben sieht man auch das schlichte Hauskanarienvogel.

Und zu Pfingsten in den Spreewald.

Der proletarische Führerverein zu Alt-Jauch, der dem Deutschen Verkehrsband angeschloffen ist, veranstaltet auch in diesem Jahr seine für weite Kreise berechneten Pfingstfahrten in den Spreewald. Fahrtteilnehmer verkommen sich am ersten Feiertag früh 6.30 Uhr im Wartesaal 2. Klasse des Borsiger Bahnhofes. Die Fahrt geht nach Lübben, von dort über Alt-Jauch in die schönsten Teile des Spreewalds und endet in Lübbenau. Die Ankunft in Berlin am zweiten Feiertag kann nach Belieben zwischen 21 und 24 Uhr gelegt werden. Der Fahrpreis beträgt einschließlich Bahnfahrt hin und zurück, aller Bahnfahrten, Uebernachtung in Betten (ein Massenquartier), Frühstück, Führung und Vortrag

Tötung auf Verlangen.

Freispruch vor dem Schöffengericht Charlottenburg.

In wenigen Wochen der zweite Fall von Tötung auf Verlangen vor Gericht. Beide Male der Brunenwald als Ort der tragischen Handlung. In beiden Fällen gelangte das Schöffengericht Charlottenburg zum Freispruch. Es konnte sich nicht entschließen, die vom Gesetz vorgesehene Mindeststrafe in Höhe von drei Jahren Gefängnis zu verhängen...

Das erstemal war die zwanzigjährige Käthe G. angeklagt, ihren Freund, den Chauffeur B., durch einen Schuß in die Schläfe getötet zu haben. Sie befand sich im Bann dieses Mannes, der ein Trinker war, konnte nicht von ihm lassen und ließ sich schließlich überreden, mit ihm aus dem Leben zu scheiden. Was am 10. März vorigen Jahres im Brunenwald vor sich ging, konnte nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden. Käthe G. hatte ihre Aussagen mehrmals gewechselt. Zuerst behauptete sie, B. habe sie gebeten, die Schüsse abzufeuern. Sie habe sich aber dazu nicht entschließen können. Da habe er auf sie abgedrückt, die Waffe habe jedoch verfehlt, und hinterher habe er sich selbst erschossen. Sie habe aber nicht mehr den Mut gefunden, sich das Leben zu nehmen. Später erklärte sie, sie habe auf den Wams geschossen, dann änderte sie zum zweiten Male ihre Aussage. Das Gericht sprach sie frei.

Der Sachverhalt im gestrigen Falle lag klarer. A., ein außerordentlich hübscher, bescheidener Mensch, lebte bei seinen Eltern in der Provinz. Seit 1926 war er verlobt. Im September 1928 lernte er in Berlin die Krankenschwester M. kennen, die bald darauf nach B. zog und dort eine Anstellung annahm. Das Verhältnis zwischen den beiden wurde nun intim, ohne daß A. seine Verlobung rückgängig machte. Ja, die M. riet ihm sogar zur Heirat und meinte, sie könnten ja auch weiter Freunde bleiben. Sie hatte nicht mit der Stärke ihrer Gefühle gerechnet. Als dann A. Anfang Oktober heiratete, traf er sich nach wie vor mit der M., denn er fühlte sich in seiner jungen Ehe nicht glücklich. Die M., ohne Geschwister und Eltern, überdies noch krank, geriet in eine trübe Stimmung, äußerte öfter Selbstmordgedanken, und so war es ihr ein leichtes, auch A., der keinen Ausweg fand, zu überreden, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Als die M. eines Tages nach Berlin fuhr, fuhr er ihr nach, und die jungen Leute verbrachten bei ihren Bekannten in Berlin einige fröhliche Stunden, ohne ihre wahren Absichten merken zu lassen, schrieben Abschiedsbriefe und begaben sich am 23. gegen Abend in den Brunenwald. A. hat, die M. möge die tödlichen Schüsse abgeben. Sie bestand jedoch darauf, daß er es tue, und schließlich tat er es auch. Als er sah, daß das Mädchen tot war, drückte er die

Waffe auf keine rechte Schläfe ab. Er fühlte das Blut fließen, blieb aber bei vollem Bewußtsein. Dann griff er zu einer Rasierklinge, um sich die Fulsadern durchzuschneiden, verlor aber das Bewußtsein. Als er am nächsten Morgen erwachte, lud er noch einmal seine Pistole, drückte aber nicht ab. So blieb er am Leben, die Sehkraft des rechten Auges hatte er jedoch eingebüßt.

In der Verhandlung konnte A., der jetzt in glücklicher Ehe lebt, die Motive für seine Tat nicht recht angeben. Das Gericht war der Ansicht, daß der Angeklagte im Augenblick der Tat sich wohl im Zustande einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit befunden haben müsse und sprach ihn frei.

Um das Schicksal der Gertrud Frenzel.

Und was wird aus dem verurteilten Frenzel?

Während über den Antrag des Justizrates Josephson-Botsdam, den Bornimer Amtsvorsteher Frenzel aus der Haft zu entlassen, da bei ihm weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr vorliege, noch nicht entschieden worden ist, wird am heutigen Dienstag die Entscheidung über das Schicksal Gertrud Frenzels fallen, deren Aussagen wesentlich zum Zustandekommen des Justizhausurteils gegen den Angeklagten beigetragen haben. Der Verteidiger Frenzels hat nämlich beim Potsdamer Vormundschaftsgericht den Antrag gestellt, Gertrud Frenzel, die bisher bei dem zu ihrem Pfleger bestellten Bornimer Pfarrer Schenk wohnt, an neuer Stelle, einem Heim, unterzubringen, um sie so dem Einfluß des Pfarrhauses zu entziehen, auf den nach Ansicht der Verteidigung die eigenartige Haltung des Kindes, das vor Gericht den eigenen Vater auf das Schwerste belästete, zurückzuführen ist. Das Potsdamer Vormundschaftsgericht wird am heutigen Dienstag über diesen Antrag entscheiden und es ist anzunehmen, daß auch Pfarrer Schenk an dieser Aussprache teilnehmen wird, zu der ein Vertreter des Kreisjugendamtes von Osthavelland hinzugezogen wird. Falls Pfarrer Schenk die Pflegschaft nicht überhaupt entzogen wird, wie es von der anderen Seite gewünscht wird, so will man doch wenigstens ihn zu dem Zustand des Kindes bewegen, daß Gertrud Frenzel durch Unterbringung an anderer Stelle seinem direkten Einfluß entzogen wird.

Der Amtsvorsteher Frenzel hat sich bisher immer noch nicht von dem schweren Nervenzusammenbruch erholt, den er bei der Urteilsbegründung erlitten hat, und das Gericht hat ihm jetzt einen Zeilengenossen beigegeben, um zu verhindern, daß er etwa Hand an sich legt.

15.50 M. Teilnehmerkarten im Zigarrenladen Kremmener Str. 15 (Hochbahnstation Danziger Straße). Diese sehr gut organisierten Fahrten sind allen denen, die sie einmal mitgemacht haben in schönster Erinnerung.

Landsberger Allee braucht neue Brücke.

Die Sozialdemokratie für sofortigen Neubau.

Die sozialdemokratische Rathausfraktion hat für die heutige Stadtverordnetenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Schon mehr als vierzehn Tage ist die Brücke in der Landsberger Allee wegen Bauarbeiten teilweise gesperrt. Am 1. Juni ist die Brücke in der Eldenaer Straße auch noch gesperrt worden. Hiermit ist nun fast der gesamte Verkehr vom Schlacht- und Viehhof nach dem Osten und Nordosten abgeregelt worden. Die Fahrwege müssen sehr große Umwege machen und dieser Zustand ist ganz unhaltbar. An den Kosten des Baues der neuen Brücke in der Landsberger Allee sind die Reichsbahn, der Schlacht- und Viehhof, die Tiefbauverwaltung und die Wasserwerke beteiligt und anscheinend können sich die verschiedenen Verwaltungen nicht einigen. Wir beantragen deshalb, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen Schritte sofort zu unternehmen, damit die Sperrung der beiden Brücken aufgehoben und der Neubau der Brücke in der Landsberger Allee sofort begonnen wird.

Ferner bringt die Fraktion folgende Anfrage ein: „Ist dem Magistrat bekannt, daß trotz vorausgegangener Personalentlassungen im Brückenbauamt ein Bauingenieur zum auswärtig geholt wurde, der noch heute dort beschäftigt ist? Wir fragen an: Was gedenkt der Magistrat angesichts der großen Zahl erwerbsloser Berliner Bauarbeiter zu tun, um zunächst diese in der städtischen Verwaltung zu beschäftigen und dadurch deren große Notlage wenigstens teilweise zu beseitigen?“

Schweres Autounglück bei Spandau.

Im 80-Kilometer-Tempo gegen einen Baum.

Ein entsetzliches Autounglück ereignete sich am gestrigen Spätnachmittag auf der Chaussee zwischen Karolinenhöhe und Groß-Grillenke bei Spandau. Im 80-Kilometer-Tempo raste der Kaufmann Walter Blankenstein aus der Paulsborner Straße 90 in Halensee, der einen großen Wagen fuhr, gegen einen Baum. Der Anprall war so gewaltig, daß die Vorderäder des Autos am Baum hängen blieben und der Motor meterweit fortgeschleudert wurde. Mit sichtbaren Verletzungen wurde Blankenstein in hoffnungslosem Zustande ins Spandauer Kreisfrankenhaus gebracht.

Abschied von Otto Hoffmann.

Otto Hoffmann, dessen Hinscheiden wir traurigen Herzens vor einigen Tagen mitteilen mußten, hat nun seine letzte Ruhestätte gefunden. Befreit von allen Mühseligkeiten und Qualen, die ihm ein heimtückisches Verden in den letzten Jahren auferlegte, ruht er jetzt unter den Baumgipfeln des Spandauer Friedhofes in den Rissen von seinem schweren, arbeitsreichen Leben aus. Gestern nahm seine treue Frau, die ihm in allen Zeiten hilfreich und stützend zur Seite stand, die Kollegen der Redaktion des Spandauer „Volkblattes“ und des „Vorwärts“ und viele Parteigenossen letzten Abschied von dem treuen Freunde. Die Abschiedsworte für alle, die Otto Hoffmann kannten und schätzten, sprach an der Urnenstelle Redakteur Selig. Seine Worte klangen in dem Gedächtnis aus, im Sinne des Verstorbenen an dem großen Wert der Befreiung der Menschheit mit aller Kraft weiterzuarbeiten.

Todesopfer des Verkehrs.

Gestern nachmittag verunglückte der 63jährige Maurer Robert Köhne aus der Raunynstraße 57, als er sich mit seinem Fahrrad nach Arbeitschluß auf dem Heimweg befand, in der Berliner Straße in Roshölln tödlich. R. fuhr hinter einem Lastauto her und wollte das Fahrzeug überholen. In diesem Augenblick bog der Führer des Lastautos links ein und der Radfahrer wurde von den Vorderreifen erfasst. Der Verunglückte starb auf dem Weg zum Urbanfrankenhaus.

Allgemeine Wetterlage.



Im größten Teile des Reiches herrschte am Montag ziemlich heiteres und warmes Wetter. Im Binnenlande stiegen die Temperaturen allgemein auf 23 bis 26 Grad im Schatten. Die Küstengebiete haben jedoch noch Temperaturen von weniger als 20 Grad. Noch kühler war Ostpreußen. Am Tage stieg hier die Temperatur nicht einmal über 15 Grad. Hierhin waren nämlich Luftmassen geströmt, die noch vor kurzem über dem nördlichen Eismeer lagerten. Von der Weichsel läuft die Front dieser Polarluft an der deutschen Ostküste entlang durch Schleswig-Holstein nach dem Kanal. Wir müssen damit rechnen, daß sie allmählich weiter nach Süden vordringt.

Wetterausichten für Berlin. Allmählicher Uebergang zu kühlerem und unbeständigem Wetter mit einzelnen Regenschauern. — Für Deutschland. Im nördlichen Deutschland langsame Abkühlung mit Regenschauern, im Süden und Südosten noch keine Abkühlung.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

Kreisobstule der Zeitungskommission Groß-Berlin.
 Mittwoch, 4. Juni, 1914 Uhr, im Verwaltungsbüro, Lindenstr. 3, 1. Hof, 1. Treppe links, Sitzung. Jeder Kreis muß vertreten sein.

1. Kreis Tiergarten. Deuts, Dienstag, 2. Juni, um 10 Uhr, in den Kaminzwecken, Bremer Str. 73-74, Rundgebäude des Reichsbanners. Thema: „Das wahre Gesicht des Faschismus“. Eintritt 20 Pf. Gewerkschafts-Parteimitglieder frei. Die Genossen werden um rege Beteiligung ersucht.

2. Kreis Wedding. Deuts, Dienstag, 2. Juni, um 19 Uhr, bei Wende, Kolonnenstraße 147, Sitzung des Kreisvorstandes mit sämtlichen Abteilungsleitern.

3. Kreis Friedrichshagen. Deuts, Dienstag, 2. Juni, um 19 1/2 Uhr, in Schmidt's Gesellschaftshaus, Franzstr. 36, Kreisfunkionsabteilung. Tagesordnung: 1. Kreisangelegenheiten. 2. Vortrag des Genossen Karl Ditt, W. d. H., über „Die Arbeit der neuen Regierung“. 3. Diskussion. Mitgliederbuch und Funktionskartei sind mitzubringen.

4. Kreis Friedrichshagen. Kätuna, SPD-Abteilungsleiterin der 12. Abt., Mittwoch, 3. Juni, um 19 1/2 Uhr, bei Frau Simon-Paul-Str. 9, Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die soziale Arbeit. 2. Bericht über die Arbeit der neuen Regierung. 3. Diskussion. Mitgliederbuch und Funktionskartei sind mitzubringen.

17. Kreis Lichtenberg. Kätuna, Mittwoch, 3. Juni, um 19 Uhr, Kreisfunkionsabteilung im Arbeitsamt DR, Kochwegener Str. 76-78, Vortrag: „Genossenschaft und Arbeiterpolitik“. Referent Otto Reich, W. d. H., und Vorsitzender der Berliner Gewerkschaften. Die letzte „Vormarsch“-Deutung ist zur Kontrolle mitzubringen.

Lichtenberg, 17. Bezirk. Der Rufus des Genossen Waldemar Schulz über „Hörsaalbesuche“ findet am Mittwoch, 3. Juni, 1914 Uhr, in der Schule Kochwegener Str. 19 statt. Die Teilnahme ist kostenfrei. Rege Teilnahme der Eltern erwünscht.

Morgen, Mittwoch, 4. Juni.

- 7. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 8. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung findet erst am Donnerstag, 4. Juni, um 19 Uhr, bei Körner, Schöneberg, 30. statt. Aufhänger der Verbandshaltung.
- 9. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 10. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 11. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 12. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 13. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 14. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 15. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 16. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 17. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 18. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 19. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 20. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 21. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 22. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 23. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 24. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 25. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 26. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 27. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 28. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 29. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 30. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.

Frauenveranstaltungen.

- 1. Kreis Friedrichshagen. Am Sonntag, 1. Juni, hat bei der Demonstration zwei rote Fahnen mit weißen Stern vorgetragen. Die Genossinnen über Genossen, die im Reich der gelben Fahnen stehen, werden gebeten, diese bei Reich, Cabaner Str. 10 (Lokal), abzugeben oder schriftlich an G. Weber, Komintern Str. 34, zu senden, damit sie dann abgeholt werden können.
- 2. Kreis Lichtenberg. Die Abteilungsleiterinnen werden gebeten, sich am Mittwoch bereits um 18 1/2 Uhr, bei der Kreisfunkionsabteilung im Arbeitsamt DR, Kochwegener Str. 76-78, zu einer kurzen Besprechung einzufinden.
- 3. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 4. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 5. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 6. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 7. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 8. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 9. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 10. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 11. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 12. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 13. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 14. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 15. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 16. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 17. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 18. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 19. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 20. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 21. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 22. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 23. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 24. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 25. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 26. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 27. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 28. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 29. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 30. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.

Achtung, Elternbeiratswahl!

Prüft die Mandatsverteilung nach Wahlproteste müssen bis zum 15. Juni an das Provinzialschulkollegium, Berlin-Lichterfelde, Zehlendorfer Str. 52, eingereicht werden

Besprechung über Wahlproteste heute am Dienstag, 3. Juni, nachm. ab 16 Uhr beim Genossen Richard Schröter, Danziger Str. 23

Jungsozialisten.

Referatentafel des Reichsbanners pünktlich am 20. Juni in der Althofstr. 4, 4. Hof, 2. Treppen rechts, zu richten.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Besprechungsamt am Mittwoch, 4. Juni, 20 Uhr, bei Frau Simon-Paul-Str. 9, 1. Hof, 1. Treppe rechts, Sitzung. Jeder Kreis muß vertreten sein.

1. Kreis Tiergarten. Deuts, Dienstag, 2. Juni, um 10 Uhr, in den Kaminzwecken, Bremer Str. 73-74, Rundgebäude des Reichsbanners. Thema: „Das wahre Gesicht des Faschismus“. Eintritt 20 Pf. Gewerkschafts-Parteimitglieder frei. Die Genossen werden um rege Beteiligung ersucht.

2. Kreis Wedding. Deuts, Dienstag, 2. Juni, um 19 Uhr, bei Wende, Kolonnenstraße 147, Sitzung des Kreisvorstandes mit sämtlichen Abteilungsleitern.

3. Kreis Friedrichshagen. Deuts, Dienstag, 2. Juni, um 19 1/2 Uhr, in Schmidt's Gesellschaftshaus, Franzstr. 36, Kreisfunkionsabteilung. Tagesordnung: 1. Kreisangelegenheiten. 2. Vortrag des Genossen Karl Ditt, W. d. H., über „Die Arbeit der neuen Regierung“. 3. Diskussion. Mitgliederbuch und Funktionskartei sind mitzubringen.

4. Kreis Friedrichshagen. Kätuna, SPD-Abteilungsleiterin der 12. Abt., Mittwoch, 3. Juni, um 19 1/2 Uhr, bei Frau Simon-Paul-Str. 9, Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die soziale Arbeit. 2. Bericht über die Arbeit der neuen Regierung. 3. Diskussion. Mitgliederbuch und Funktionskartei sind mitzubringen.

17. Kreis Lichtenberg. Kätuna, Mittwoch, 3. Juni, um 19 Uhr, Kreisfunkionsabteilung im Arbeitsamt DR, Kochwegener Str. 76-78, Vortrag: „Genossenschaft und Arbeiterpolitik“. Referent Otto Reich, W. d. H., und Vorsitzender der Berliner Gewerkschaften. Die letzte „Vormarsch“-Deutung ist zur Kontrolle mitzubringen.

Geburtslage, Jubiläen usw.

- 1. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 2. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 3. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 4. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 5. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 6. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 7. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 8. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 9. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 10. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 11. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 12. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 13. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 14. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 15. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 16. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 17. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 18. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 19. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 20. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 21. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 22. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 23. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 24. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 25. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 26. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 27. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 28. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 29. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 30. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 1. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 2. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 3. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 4. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 5. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 6. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 7. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 8. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 9. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 10. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 11. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 12. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 13. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 14. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 15. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 16. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 17. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 18. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 19. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 20. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 21. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 22. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 23. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 24. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 25. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 26. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 27. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 28. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 29. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.
- 30. Um 12 Uhr bei Körner, Schöneberg, 1. Funktionsabteilung.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr. Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

1. Kreis Tiergarten. Deuts, Dienstag, 2. Juni, um 10 Uhr, in den Kaminzwecken, Bremer Str. 73-74, Rundgebäude des Reichsbanners. Thema: „Das wahre Gesicht des Faschismus“. Eintritt 20 Pf. Gewerkschafts-Parteimitglieder frei. Die Genossen werden um rege Beteiligung ersucht.

2. Kreis Wedding. Deuts, Dienstag, 2. Juni, um 19 Uhr, bei Wende, Kolonnenstraße 147, Sitzung des Kreisvorstandes mit sämtlichen Abteilungsleitern.

3. Kreis Friedrichshagen. Deuts, Dienstag, 2. Juni, um 19 1/2 Uhr, in Schmidt's Gesellschaftshaus, Franzstr. 36, Kreisfunkionsabteilung. Tagesordnung: 1. Kreisangelegenheiten. 2. Vortrag des Genossen Karl Ditt, W. d. H., über „Die Arbeit der neuen Regierung“. 3. Diskussion. Mitgliederbuch und Funktionskartei sind mitzubringen.

4. Kreis Friedrichshagen. Kätuna, SPD-Abteilungsleiterin der 12. Abt., Mittwoch, 3. Juni, um 19 1/2 Uhr, bei Frau Simon-Paul-Str. 9, Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die soziale Arbeit. 2. Bericht über die Arbeit der neuen Regierung. 3. Diskussion. Mitgliederbuch und Funktionskartei sind mitzubringen.

17. Kreis Lichtenberg. Kätuna, Mittwoch, 3. Juni, um 19 Uhr, Kreisfunkionsabteilung im Arbeitsamt DR, Kochwegener Str. 76-78, Vortrag: „Genossenschaft und Arbeiterpolitik“. Referent Otto Reich, W. d. H., und Vorsitzender der Berliner Gewerkschaften. Die letzte „Vormarsch“-Deutung ist zur Kontrolle mitzubringen.

18. Kreis Lichtenberg. Kätuna, Mittwoch, 3. Juni, um 19 Uhr, Kreisfunkionsabteilung im Arbeitsamt DR, Kochwegener Str. 76-78, Vortrag: „Genossenschaft und Arbeiterpolitik“. Referent Otto Reich, W. d. H., und Vorsitzender der Berliner Gewerkschaften. Die letzte „Vormarsch“-Deutung ist zur Kontrolle mitzubringen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
 Gesellschaft: Berlin SW 68, Erdbeerenstr. 37-38, Hof 2. Tr.
 Dienstag, 3. Juni, 1914 Uhr, im Kameradenzentrum (Lichterfelde) bei Rulke, Danziger Str. 23, 1. Hof, 1. Treppe rechts, Vortrag: „Die Autokratie nach Wegbedürfnis“. Teilnahme von allen Kameraden erwünscht. Schöneberg-Kreis: Kameradenzentrum Rulke, Danziger Str. 23, 1. Hof, 1. Treppe rechts, Vortrag: „Die Autokratie nach Wegbedürfnis“. Teilnahme von allen Kameraden erwünscht. Schöneberg-Kreis: Kameradenzentrum Rulke, Danziger Str. 23, 1. Hof, 1. Treppe rechts, Vortrag: „Die Autokratie nach Wegbedürfnis“. Teilnahme von allen Kameraden erwünscht.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Berlin.
 Gesellschaft: R. 24, Gr. Hamburger Str. 20, 1. Hof, 1. Treppe rechts.
 Abteilung Reinickendorf: Donnerstag, 4. Juni, Mitgliederversammlung. Schule Panower Weg.

Hand heiliger dienstlicher Krieger, e. L. Kameradengruppe Berlin und der Provinz Brandenburg. Berlin D. 112, Norderdammstr. 3, 3. Tr. rechts, Mittwoch, 3. Juni, 1914 Uhr, Monatsversammlung im Berliner Bürgerklub, C. L. Brühlstr. 16.

Konferenzverein „Die Kameraden“. Abteilungsleiterin, W. d. H., Mittwoch, 3. Juni, 20 Uhr, Jugendheim, Köpenicker Str. 29, Zimmer 1: „Der Bildungsausschuss“. — W. d. H., Donnerstag, 4. Juni, Mittags-Schule, Köpenicker Str. 29, 20 Uhr: „Wirtschaftliche Verhältnisse“. — W. d. H., Freitag, 5. Juni, 20 Uhr, Jugendheim, Köpenicker Str. 29, 20 Uhr: „Wirtschaftliche Verhältnisse“.

Verband Eberhardshaus, die Berlin. Deutsches Besammlungs-Treffen: 3. Juni, 20 Uhr, im Restaurant „Zum alten Köpenicker“, Berlin SW 11, Nollendorfplatz 11 (1. Treppe, großer Saal). Tagesordnung: 1. Festlegung der Besammlungsunterstützung im Reichsausschuss. 2. Vortrag von Herrn Reichsausschuss und Vater Dr. Conrad Wendelshagen: „Was der Staat der Christenheit bedeutet“. 3. Mittagsbesammlungs-Veranstaltungen und Beitragszahlung. 4. Kreis-Konferenz.

Longfellow English Debating Club: Mittwoch, 20 Uhr, Zahnärztshaus Bülowstraße 104, Ottomannsaal. Mex. Alice Behrend: „A Japanese Girl at Home and America“.

Gegeu Kopfschuppen und Haarausfall

Warum?

Weil es natürlichen Birken-saft enthält. Säfte der Birken — Kräfte, die wirken!

Preis: RM. 2.40, 4.20, 6.80, 12.—

Vergessen Sie nicht auch bei schönstem Wetter an Regen zu denken!

Nehmen Sie bei Ihrem Pfingstausflug einen imprägnierten Gabardine-Mantel, Trenchcoat, Loden- oder Gummimantel oder eine wetterfeste Windjacke zur Vorsicht mit!

Unsere Auswahl ist riesenhaft. Unsere Preise sind sehr billig! — Sie erhalten bei uns:

- Windjacken für M 7.50
- Gummimäntel für M 9.00
- Combinations für M 12.00
- Trenchcoats für M 16.50
- Lodenmäntel für M 18.00
- Oelseidenmäntel für M 30.00
- Reinwollene Garbardinemäntel für M 69.00

Alle diese Kleidungsstücke sind für Damen und Herren in modernen Farben und Formen vorrätig. Für Knaben und Mädchen sind die Preise entsprechend niedriger

BAER SOHN A.G.

Berlin N 4, Chausseestraße 29

Sommerwohnung
 Bei Dammhagen, Mitten, Wasser, Abweiligkeit, eigenes Rahn, elektr. Licht, 3 Schlafzimmer — Wirt, Bahnstrecke, gutemaltes, freigelegt. Otto Schulz, Golphaus, Kerdorf bei Briesen (Wart).

Nervöse Magenschmerzen? — dann Reichels Magentropfen.

Privatisierungsgefahr in Breslau.

Öffentliches Zusammenwirken ist nötig.

Durch die Anleihenoffenlegung gegenüber den deutschen Städten hat sich die Gefahr der Privatisierung der öffentlichen Wirtschaft, besonders auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung, erheblich verstärkt. Es ist bekannt, daß die finanzkräftigen Elektrokonzerne des Auslandes, besonders Amerikas und Belgiens, auf dem Wege über deutsche private Kraftgesellschaften, unter denen die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Ges. für El.) die aktivste ist, die Finanzverlegenheiten der Städte zu Privatisierungsangriffen ausnützen. Das gilt nicht zuletzt für den wirtschaftspolitischen Weiterwinkel Deutschlands, die Provinz Schlesien, in der sich die kommunalen Finanzverlegenheiten durch die ober-schlesische Grenz-ziehung und durch die unvernünftige Handelspolitik gegenüber Polen weit über den deutschen Durchschnitt hinaus gesteigert haben. So muß heute leider die Stadt Breslau, die auch durch die Umstellungen im Vintz-Hofmann-Konzern sehr gelitten hat, als ernstes kommunalpolitisches Gefahrenzentrum angesehen werden.

Besonders kritisch hat sich in Breslau die Elektrizitätsversorgung entwickelt. Theoretisch hat heute Breslau eine Maschinenleistung von 50 000 Kilowatt zur Verfügung, praktisch sind es aber nur 40 000, da die Finanzschwierigkeiten es unmöglich gemacht haben, die Elektrizitätswerke Breslaus auf der Höhe zu halten. 10 000 Kilowatt Maschinenleistung sind teilweise nicht mehr voll leistungsfähig, zum anderen infolge der Unbrauchbarkeit einer Dampfturbine nicht mit Sicherheit verwendungsbereit. Im Dezember 1929 hat der Stromverbrauch aber schon 38 000 Kilowatt verlangt, im Spätjahr 1930 werden sicher 40 000 bis 41 000 Kilowatt gebraucht, und diese Leistung ist ohne erhebliche finanzielle Aufwendungen, für die die Möglichkeiten im Augenblick fehlen, nicht zu beschaffen.

Diese Zwangslage wurde nun von der Elektrizitätswerk Schlesien A.-G., die von der privaten Gesellschaft für elektrische Unternehmungen beherrscht wird, erkannt und ausgenutzt. Es liegt von der E. W. Schlesien A.-G. ein Angebot vor, für die Stromzuführung nach Breslau dauernd eine Maschinenleistung von 10 000 Kilowatt zur Verfügung zu stellen, und auf unbegrenzte Zeit, freilich zum hohen Zinsfuß von 8 Proz. und mit einer respektablen Grundgebühr, den zu den Umspann- und Anschließbauten erforderlichen Betrag von 3 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Was die Gesürel und ihr allmächtiger Herr Oliven hier in petto hatten, ist ganz klar: die Stadt Breslau hat insgesamt rund 34 Millionen Mark Schulden und Verpflichtungen an Reich und Preußen, der in Breslau und in allen Großstädten rasch steigende Stromverbrauch wird die Abhängigkeit bei der Stromzuführung von der Gesürel zunehmend steigern, und es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß auf diesem Wege der riesige Stromverbraucher Breslau in absehbarer Zeit als reife Frucht dem privaten Gesürel-Konzern in den Schoß fällt. Klar, daß mit der Herrschaft über das stärkste und entwicklungsfähigste Verbrauchergebiet die Aussichten des privaten Gesürel-Konzerns wachsen, die private Elektrobereichschaft in Schlesien in der Zukunft immer stärker auszubauen. Das würde natürlich auf Kosten der Reichselektrowerke geschehen, die nicht nur heute Nord-schlesien beherrschen und mit dem von ihnen stark beeinflussten Elektrizitätswerk Biegnitz bis hart vor die Tore Breslaus reichen, sondern auch im Begriff sind, in Cosel ein hochleistungsfähiges Kraftwerk zu errichten, das als hauptsächlichliches, überwiegend öffentliches Kraftzentrum Schlesiens geplant ist.

Die schwierige krafttechnische Lage in Breslau und die Finanzverlegenheiten der Stadt können nun dazu führen, daß der in hohem Maße gefährliche Vertrag mit der E. W. Schlesien A.-G., da natürlich auch in Breslau selbst Freunde der Privatisierung der öffentlichen Wirtschaft finden, abgeschlossen wird. Der Abschluß eines solchen Vertrages ist aber völlig entbehrlich.

Einmal besteht die Möglichkeit, daß die Stadt Breslau, ebenso wie es Berlin vor kurzem getan hat, sich eine Rutch-Speicher-Anlage baut, die für die nächste Zeit die Kraftzeugungsverlegenheiten beseitigen würde. Diese Anlage würde kapitalmäßig rund

3,2 Millionen Mark kosten (die Verbesserungskosten der Städtischen Elektrizitätswerke mit eingerechnet), würde auf einige Jahre den Spitzenbedarf der Stadt Breslau decken und auch hinsichtlich der Finanzierung keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten, da die Rutch-Speicher-Gesellschaft auf vier Jahre die erforderlichen Beträge zur Verfügung stellen würde. Eine elektropolitische Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Kreisen läme hier nicht in Frage. Außerdem sind auch die Möglichkeiten noch zu einer zweiten Lösung gegeben, die ebenfalls jede Privatisierungsgefahr in Schlesien ausschließen würde. Zu diesem Zweck wäre die in Breslau schon längst fällige, von anderen Städten längst durchgeführte Einbringung der Breslauer Elektrizitätsanlagen in eine Aktiengesellschaft durchzuführen und die elektrowirtschaftliche Verbindung mit der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft herbeizuführen. Diese Möglichkeiten konnten schon seit Jahr und Tag ins Auge gefaßt werden und sind bisher nur an der unzulänglichen Initiative sowohl des Oberbürgermeisters von Breslau als auch der Reichselektrowerke gescheitert.

Die hier gegebenen Möglichkeiten schließen für alle Zukunft Privatisierungsgefahren in Schlesien aus, die sichern der Stadt Breslau ihre elektropolitische Bewegungsfreiheit und ihre kommunalpolitische Unabhängigkeit und öffnen auch für Schlesien den Weg zur Vereinheitlichung der Elektrowirtschaft unter öffentlicher Führung; eine Vereinheitlichung, die durch die Beteiligung der Gesürel auf das ernsteste gefährdet würde, hinter der ja befallentlich Herr Dannie Heine mann von der belgischen Sofima steht. Es wird der größten Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie in Breslau bedürfen, um die hier vorliegenden Privatisierungsgefahren auch im Interesse der gesamten Elektrowirtschaft Deutschlands abzuwehren.

Profite der Bauunternehmer.

Trotz schlechten Baumarktes durchweg höhere Gewinne.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren hat gezeigt, daß ohne eine wirksame Belebung der Bautätigkeit alle Bemühungen zur Entlastung des Arbeitsmarktes Stückwerk bleiben. Bei den großen Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung und der allgemeinen schlechten Finanzlage in deutschen Ländern und Kommen ist für die Ankurbelung des Baumarktes die Frage der Baukosten von ausschlaggebender Bedeutung.

Um so schlimmer ist es, daß das Baugewerbe und besonders die ihm angeschlossenen Baustoffindustrien eine Preispolitik treiben, die ohne jede Rücksicht auf volkswirtschaftliche Interessen nur dem eigenen Profit dient. Die Politik der Innemtsyndikate ist ein Skandal. Millionen sind in den letzten Jahren zur Niedertümpelung der Außenwörter und zur Sicherung ihres Monopols von den Syndikaten zum Fenster hinausgeworfen worden, mit dem Erfolg, daß auf Kosten des Baumarktes und der arbeitslosen Bauarbeiter die Monopolpreise trotz miserabler Ausnutzung der Betriebskapazität wieder Rekorddividenden einbrachten.

Auch die großen Bauunternehmen in Deutschland haben von dem Konjunkturrückgang auf dem Baumarkt nichts zu spüren bekommen. Während die Bauarbeiter schon im Hochsommer 1929 unter zunehmender Beschäftigungslosigkeit zu leiden hatten und auch der Herbst keinen merklichen Aufschwung brachte, machen die Gewinnabschlüsse der Baugesellschaften den Eindruck, als ob das Baugewerbe eine Glanzkonjunktur hinter sich habe. Die wichtigsten Gewinnziffern von sieben führenden Bauunternehmen in Deutschland, deren Abschlüsse jetzt vorliegen, zeigt die folgende Tabelle:

	Betriebsgewinn		Reingewinn		Dividende	
	in Millionen Mark		in Proz.		in Proz.	
	1928	1929	1928	1929	1928	1929
Julius Berger-Tiefbau	3,2	3,6	1,99	2,1	20	20
Philipp Holzmann	4,0	4,57	1,67	1,90	7	8
Wagh & Freitag	6,1	6,5	1,18	1,21	8	8
Dyckerhoff & Widmann	1,94	2,20	0,9	1,09	8	10
Hoch- u. Tiefbau (Huta)	2,43	2,46	0,66	0,67	7	7
Beton- u. Monierbau	1,40	1,47	0,51	0,51	12	12
Bosow & Knauer	1,46	1,87	0,48	0,58	12	14

Ein Gewinn- oder Dividendenrückgang ist also bei keinem einzigen Unternehmen eingetreten, dagegen haben 1929 noch drei von den angeführten sieben Unternehmen ihre Dividenden heraufsetzen können. Daß Julius Berger die Aktionärs-gewinne gleichfalls über den Rekordstand von 20 Proz. hätte erhöhen können, hat die Diskussion auf der Generalversammlung bewiesen, aber die Gesellschaft scheut davor zurück, der Öffentlichkeit

durch weitere Steigerung der ausgewiesenen Erträge besseren Einblick in ihre tatsächlich erzielten Gewinne zu geben.

Diese in einer Zeit zurückgehender Baukonjunktur herausgewirtschafteten Gewinne sprechen Bände für die Preispolitik der Baugesellschaften. Sie beweisen, daß die Kalkulationen in der Bauindustrie so hoch angelegt sind, daß der Aufwandsrückgang in dem Gewinnergebnis sich nicht auswirkt. Der Baumarkt wird also nicht nur durch die rückstufende Syndikatspolitik der Zement- und Ziegelindustrie gedrosselt, sondern nicht minder durch die viel zu hohen Profitraten der Bauunternehmer.

Wenn jetzt in den Geschäftsberichten und auf Generalversammlungen geflagt wird, daß der „maßlose Auftrags Hunger“ der Bauindustrie bei öffentlichen Ausschreibungen zu einem „Tiefstand der Preise“ geführt habe, bei denen sich nicht arbeiten lasse, so trägt die Politik der Bauindustrie an diesem jetzt so verschärften Konkurrenzkampf auf dem daniederliegenden Baumarkt ein gerüttelt Maß Schuld.

Neues Schiele-Flascho.

Mißbrauch der Einfuhrscheine gegen die Landwirtschaft.

Bir haben den Versuch der Verschleuderung deutscher Erzeugnisse durch das Einfuhrscheinstem von jeher scharf abgelehnt. Wird aber mit dem Instrument des nun einmal bestehenden Einfuhrscheins außerdem noch Mißbrauch getrieben, so wird dieses System zum Skandal.

Mit Wirkung vom 13. Mai 1930 hatte der Ernährungsminister eine Erhöhung der Einfuhrscheine für Getreide und eine Ausdehnung des Systems auf Vieh und Fleckarten durchgesetzt. Der Reichsfinanzminister hat zum Schutz der Reichskasse durchgesetzt, daß die erhöhten Exportprämien nur für begrenzte Ausfuhrmengen gewährt werden dürfen; für Hafer für rund 50 000 Tonnen. Daraus ist, besonders beim Haferexport, eine unerhörte Subvention des Handels geworden. In der Praxis haben sich die Dinge nämlich folgendermaßen gestaltet:

Der Handel mußte damit rechnen, daß nach Erschöpfung des Ausfuhrkontingentes von rund 50 000 Tonnen die Höhe des Einfuhrscheines wieder von 90 M. auf 60 M. je Tonne reduziert wird. Bei den vom Handel an die Landwirtschaft bezahlten Preisen konnte daher der erhöhte Einfuhrschein überhaupt nicht eingerechnet werden. Der Händler lief ja immer Gefahr, nach Abschluß der Kaufgeschäfte von der Reichsfinanzverwaltung zu erfahren, daß der Haferexport nicht mehr unter das Kontingent erhöhter Einfuhrscheine fällt. Nun kam aber hinzu, daß, wie die

SALAMANDER

Salamander-Schuhe werden in schönen, geräumigen und bequemen Geschäften verkauft.

Die Bedienung hat nur das eine Bestreben, dem Kunden das zu geben, was ihm am besten paßt und gefällt. Sie hat kein Interesse daran, einen bestimmten Schuh aufzudrängen, denn im Salamander-Geschäft gibt es nur Salamander-Schuhe.

Auch vom Preis hängt der Eifer der Bedienung nicht ab, weil jeder Schuh von der Fabrik entsprechend seinen Herstellungskosten in eine der fünf Salamander-Preislagen eingereiht ist. In jedem Fall entspricht also der Preis dem Wert.

Daß aber alle Preise so niedrig wie möglich sind, dafür sorgt die Salamander-Schuhfabrik. Als weitaus größte deutsche Schuhfabrik produziert sie nicht nur besonders rationell, sondern sie kann sich auch am einzelnen Paar Schuhe mit dem kleinsten Nutzen begnügen. Sie muß sich damit begnügen, wenn sie ihre Riesenproduktion absetzen und weiter vergrößern will.



Handelspreise berichtet, der weitaus größte Teil der genannten 50 000 Tonnen sich bereits vor Erhöhung der Einfuhrschemie im Besitz des Handels befand und an den Exportplätzen gelagert wurde, um sofort nach Inkrafttreten der erhöhten Einfuhrschemie exportiert zu werden. Längere Zeit vor Inkrafttreten der neuen Einfuhrschemie war außerdem der Häfereport vom Handel fast völlig abgestopft worden, um die Einfuhrschemieerhöhung abzuwarten.

Die tatsächliche Entwicklung hat den Befürchtungen, daß sich die Erhöhung der Einfuhrschemie und die Neubelastung der Reichsstafte in ein Lotteriegewinn für den Handel verwandeln würde, vollumfänglich bestätigt. Bereits in den ersten 3 Tagen (!) nach Erhöhung der Einfuhrschemie sind von dem in den Häfenplätzen liegenden Hafer 20 000 Tonnen exportiert worden. Inzwischen ist das Exportkontingent von 50 000 Tonnen längst überschritten, und der Reichsfinanzminister hat für die Zeit vom 4. Juni ab die Erteilung von Häfereinfuhrschemien völlig gesperrt. Bis zu diesem Zeitpunkt kann also der Handel an den erhöhten Einfuhrschemien noch gute Geschäfte machen.

Insgesamt dürften demnach dem Handel durch den Landwirtschafter Schiele Geschenke in Höhe von 2 bis 3 Millionen Mark aus der Reichsstafte gemacht werden. Für die deutsche Landwirtschaft dagegen haben die erhöhten Exportprämien nicht den geringsten Nutzen gehabt. Im Gegenteil, der Schaden, den die Landwirtschaft durch die jetzt notwendig gewordene völlige Sperrung der Einfuhrschemie in einer Senkung der Preise erleidet, wird beträchtlich sein. Für dieses Geschenk der erhöhten Einfuhrschemie wird Herr Schiele bei seinen Landwirtschaftern kaum an Popularität gewinnen. Wir aber haben einen neuen Beweis dafür, wozu das Geld der deutschen Steuerzahler unter einer Bürgerbürokratie, deren Finanzkunst sich in einer Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung erschöpft, verwendet wird!

Konsumvereine im Kampf.

Verbandstagung der ostdeutschen Konsumgenossenschaften.

Der 66. Verbandstag des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine E. V. tagte am 28. und 29. Mai im „Kurhaus“ in Swinemünde. Verbandsvorsitzender Paul Lange sprach über „Die Konsumvereine in der Rechtsprechung“. Eine Entschliebung wendet sich gegen die in der letzten Zeit gefällten Entscheidungen der höchsten Finanzgerichte, die von der Ägitation politischer und wirtschaftlicher Gegner der Konsumvereine beeinflusst sind. Dr. Paul Herz sprach über „Die neuen Zoll- und Steuergesetze“. In einer Entschliebung, die zur Annahme gelangte, wird darauf hingewiesen, daß die jüngsten Beschlüsse der Reichsregierung zur Zoll- und Steuerpolitik die Tendenz haben, einseitig den Verbrauchern starke Mehrlasten aufzuerlegen und wird festgestellt, daß die dadurch hervorgerufene Verteuerung der Waren eine Verringerung des Absatzes und damit eine Störung der Produktion und vermehrte Arbeitslosigkeit herbeiführen wird. Im Kampfe für die Befreiung der Sondersteuer wird als beste Waffe der Zusammenhalt der Verbraucher in den Konsumgenossenschaften gefordert. Hugo Bästlein beschäftigte sich mit den Notwendigkeiten, welche die Konsumgenossenschaften aus der heutigen wirtschaftlichen Lage ziehen müssen, um auch in Zukunft den Mitgliedern die wirtschaftliche Stütze zu erhalten. Verbandsssekretär Hildebrandt konnte zahlenmäßig feststellen, daß auch im verflochtenen Jahre die Genossenschaften eine starke Zunahme an Mitgliedern und im Warenumsatz gehabt haben.

Die Verhandlungen legten wiederum Beweis davon ab, daß die Konsumgenossenschaften sich des Ernstes der Lage bewußt sind und alles tun werden, um die Not der eigenen Mitglieder zu lindern. Sie müssen aber erwarten, daß ihre Tätigkeit auch durch gesetzliche Maßnahmen nicht bekämpft, sondern gefördert wird.

Wie in Preußen gebaut wird.

Die Wohngebäude werden größer.

Nach der „Statistischen preussischen Korrespondenz“ sind 1927 in sämtlichen preussischen Gemeinden 129 845 Gebäude errichtet worden, davon 1797 öffentliche, 46 297 gewerbliche und 81 751 Wohngebäude. Insgesamt wurden 199 577 Wohnungen errichtet oder 4,1 Proz. mehr als im Jahre 1926. Die bereits in früheren Jahren beobachtete Tendenz zur Vergrößerung der Wohngebäude hat sich fortgesetzt. Die Zahl der in Wohngebäuden errichteten Wohnungen ist um 4,2 Proz. höher als im Vorjahr. Die Zahl der durchschnittlich auf ein Wohnhaus entfallenden Wohnungen ist auf 2,4 gegen 2,3 im Jahre 1926 gestiegen. Unter Berücksichtigung des Abgangs von Wohnungen betrug der Reinzugang 197 763 oder 3,9 Proz. mehr als 1926. Der Anteil der privaten Bauherren ist von 57,2 auf 53,6 Proz. gesunken, der Anteil gemeinnütziger Bauherren von 33,2 auf 38 Proz. gestiegen. Die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel erfolgt am stärksten in den Großstädten; ein Zeichen für die dort nach herrschende Wohnungsnot. Während in den Gemeinden unter 2000 Einwohner nur 61,3 Proz. der Wohnungen mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gebaut wurden, stieg dieser Prozentsatz mit der Größe der Städte an und erreichte bei den Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern 90,5 Proz.

Hohe Montandividende in Oberschlesien

10 Proz. bei der Schlesienschen Bergwerks- und Hütten-A.G.

Die Bilanz der Schlesienschen Bergwerks- und Hütten-A.G. Preußen, in der nach der Grenzziehung die deutschen Anteile der Schlesienschen A.G. für Bergbau- und Hüttenbetriebe zusammengefaßt wurden (Steinkohlen, Zinkerze und Zinkmalzwerk) und die im Durchschnitt rund 5300 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, ist recht günstig. Durch eine reformmäßige Steigerung der Kohlenförderung ist trotz des Rückgangs bei der Zinkblechgewinnung und der Zinkblechherzeugung der Bruttoertrag von 3,71 auf 4,15 Mill. gestiegen und nach einer mehr als 10prozentigen Anlagenabfertigung der Reingewinn von 2,58 auf 2,76 Mill. Mark vermehrt. Der Generalversammlung wird auf das Kapital von 16,67 Mill. Mark wie im Vorjahr die Verteilung der sehr respektablen Dividende von 10 Proz. vorgeschlagen. Im neuen Jahre hat sich konjunkturell die Beschäftigung der Werke natürlich verschlechtert. Nach dem Ergebnis dieses für Oberschlesien wichtigen Wertes zu schließen, sind die Rentabilitätsverhältnisse im ober-schlesischen Bergbau aber trotz aller Unternehmerlogen noch sehr gut.

Im Dienst der Kapitalflucht.

Die Schweiz ist das Hauptziel der deutschen Kapitalflucht. Während der deutsche Steuerzahler immer stärker bluten muß, erfreuen sich die Kapitalflüchtlinge ihrer ungestraften Steuerhinterziehung und die Schweizer Banken machen ihren besonderen Schritt. Die Konjunktur der kapitalvermögenden Holding- und Trustgesellschaften feiert Reforte. Im Jahre 1929 allein hat sich die Zahl dieser Schweizer Gesellschaften von 770 auf 885 erhöht. Von 1925 bis 1928 war sie von 432 auf 770 gestiegen.

Die verratenen Christen.

Christlicher Metallarbeiterführer für Lohnabbau.

Wie zu erwarten war, haben die Unternehmer den Schiedspruch in Nordwest angenommen, dagegen ist er von allen am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaftsverbänden und zwar auch den christlichen abgelehnt worden. Zwei Tage nach Ablehnung des Schiedspruchs durch die christlichen Metallarbeiter meldet sich jedoch der zweite Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Karl Schmitz, im „Deutschen“ zum Wort zur Verteidigung des Schiedspruchs und zu einer generellen Empfehlung dieser Form des Lohnabbaus!

Um jeder Mißdeutung vorzubeugen, gehen wir die wichtigsten Stellen wörtlich wieder:

„Was sich in diesen Tagen in der Eisenindustrie abgespielt hat, kann von fundamentaler Bedeutung werden, wenn überall dort, wo es sich gehört, die richtigen Anwendungen daraus gezogen werden.“ ... „Der Ausdruck „Lohnabbau“ gibt aber keineswegs richtig wieder, um was es sich handelt. Bei Nacht gesehen, kommt vielmehr ein „Lohnumbau“ in Frage.“

Wir können beim besten Willen einen Schiedspruch, der in der Wirkung die Lohnkosten der Unternehmer um 30 Millionen Mark im Jahr verringern soll, nicht als einen „Lohnumbau“, sondern, wie es auch die Unternehmer tun, nur als einen offenen Lohnabbau ansehen. Wenn der Schiedspruch nur einen Lohnumbau bringen würde, und die Senkung der Akkordverdienste durch zahlreiche sonstige Verbesserungen ausgeglichen würde, wie es Schmitz meismachen will, woher sollte denn die Preisentwertung „im Rahmen der Lohnersparnis“ kommen?

Die Stellungnahme des Führers der christlichen Metallarbeiterschaft steht also im stärksten Widerspruch zu der Auffassung der Belegschaften und Funktionäre des Bezirks aller Richtungen. Es ist hier immer wieder betont worden, daß eine Senkung der Kartellpreise, voran der Eisenpreise, unbedingt zur Behebung der Wirtschaftslage notwendig ist. Wir haben auch darauf verwiesen, daß die starke Senkung der Rohmaterialpreise hierfür beträchtlichen Spielraum läßt. Der christliche Gewerkschaftsführer setzt sich aber damit überhaupt nicht auseinander, er stellt nicht einmal die Frage, ob nicht die vorangegangene Entwertung der Eisenindustrie eine Preisentwertung möglich und notwendig macht. Er sagt vielmehr ganz einfach: „Die Eisenpreise sollen gesenkt werden. Voraussetzung dafür ist die Inangriffnahme der Bedingungen, die durch den Schiedspruch vom 26. Mai (!) und durch die Erklärung der Arbeitgeber vom gleichen Tage entstehen. Eine Einbeziehung von Lohn und Gehalt war dabei nicht zu vermeiden.“ (!)

Die Lohn- und Gehaltsreduzierung ist durchaus zu vermeiden! Wenn die Unternehmer erklären, daß die Preise nicht ohne Lohnabbau gesenkt werden können, so ist das zwar von ihnen letzten Endes unklar, aber man kann sich diese Auffassung aus der üblichen deutschen Unternehmereinstellung ohne weiteres erklären. Wenn dagegen ein Gewerkschaftsführer sich diese primitive Auffassung zu eigen macht, ohne die anderen Faktoren überhaupt zu prüfen, so ist das zumindestens eine sehr grobe Leichtfertigkeit. Der Tiefstand der Schrottpreise, die starke

Senkung der Erzeugnisse, ungewöhnlich niedrige See- und Binnenschiffahrtsfrachten für Erze haben in den letzten Monaten die Produktionskosten der Eisenindustrie ganz beträchtlich ermäßigt. Die Ersparnisse der Hüttenwerke an Einheitskosten dürften pro Monatsproduktion beträchtlich größer sein als der Betrag von 2½ Millionen Mark, den man durch den Lohnabbau pro Monat einsparen will. Klein durch die veränderten Rohstoffkosten wäre die Eisenindustrie zu einer größeren Preisentwertung imstande, als sie als Äquivalent für den Lohnabbau gütigst angeboten worden ist.

Schmitz hält es für notwendig, „ein wachsendes Auge auf die Preisgestaltung durch Kartelle und Trusts zu halten und schnelle Untersuchungen über die Kartellpreise zu veranstalten“. Unsere besonnenen Forderungen zur ständigen Überwachung und Kontrolle der Kartelle gehen wesentlich weiter. Aber auch praktische Anwendung der Formel von Schmitz wäre doch zunächst, bevor man einen Lohnabbau gut heißt, die Kartellpreise der Eisenindustrie zu untersuchen und nachzuprüfen, „ob sie nicht durch künstliche Übersteigerung einem volkswirtschaftlichen Aufstieg im Wege stehen“.

Schmitz betont, daß der Eisenpreisindex gegenwärtig „nur“ auf 128,2 liegt, also beträchtlich unter dem allgemeinen Preisniveau. Aber der Eisenpreisindex gibt gar kein richtiges Bild von der wirklichen, gegenüber der Vorkriegszeit eingetretenen Erhöhung der Eisenpreise, weil die zahlreichen Qualitätsaufschläge nicht mit Berücksichtigung sind. Ferner dürften gegenwärtig die Rohstoffkosten der Eisenindustrie (Erz und Schrott) zusammengerufen sogar unter den Vorkriegskosten liegen. Der Lohnanteil ist in der Eisenindustrie infolge der außerordentlich starken Leistungssteigerung im Zuge der Rationalisierung heute wahrscheinlich niedriger als in der Vorkriegszeit.

Die „Königliche Zeitung“ schrieb bereits am Dienstag, dem 27. Mai, unter dem Titel „Neuorientierung“: „An den Vorarbeiten, die zum Schiedspruch von Dornhausen geführt haben, sind bestimmte Gewerkschaftsgruppen beteiligt gewesen. Es kann mithin erwartet werden, daß diese Gruppen den Schiedspruch nicht sonderlich (!) bekämpfen werden. An seiner Verbindlichkeit dürfte aber ohnehin nicht zu zweifeln sein.“

Die Haltung einzelner christlicher Gewerkschaftsführer, wie sie auch in dem Artikel des „Deutschen“ zum Ausdruck kommt, wird diese Auffassung in Unternehmervreisen hervorgerufen haben. Die einstimmige Ablehnung, die der Schiedspruch aber im Revier gefunden hat, einschließlich der Ablehnung der christlichen Gewerkschaften, und die Empörung, die er in der gesamten Arbeiterschaft erzeugt hat, wird die Unternehmer und vor allem die verantwortlichen Reichsstellen davon überzeugen, daß jene Kreise, die mit dem Unternehmerium Hand in Hand für den Lohnabbau eintreten, vollkommen isoliert stehen und daß die gesamte Metallarbeiterschaft sich gegen die ungerechtfertigte Verkoppelung einer möglichen und notwendigen Preisentwertung mit einem ungerechtfertigten Lohnabbau zur Wehr setzen wird.

Hintergründe der Stilllegungen

Das Doppelspiel der Schwerindustriellen.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Brandes, behandelte Freitag auf der gemeinsamen Tagung der Spitzenorganisationen der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen u. a. die widersinnige Rationalisierungspolitik der Konzerns der Schwerindustrie, leistungsfähige Betriebe lediglich zu dem Zweck aufzukufen, um sie stillzulegen. So teilte Brandes mit, daß die Schwerindustrie dabei ist, das Döhlener Gußstahlwerk und das Kaiser-Werk stillzulegen, gleichzeitig aber in Wellenborn in Thüringen ein Werk zu vergrößern.

Ganz so widersinnig, wie diese Maßnahme aus den ersten Blick erscheint, ist sie aber — wenigstens vom Standpunkt der Unternehmer aus — offenbar doch nicht, wie eine Notiz im „Tag“ vom 31. Mai, überschrieben „Die richtige Antwort“, zeigt. Darin wird mitgeteilt, daß sich das „Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition Groß-Thüringen“ an den Betriebsrat der Maximilianhütte in Unterwellenborn (Thüringen) mit der Einladung gewandt habe, sich an einem Reichstreffen der (kommunistischen) roten Sportler in Erfurt und anderen Orten Thüringens zu beteiligen. Dem kommunistischen Bezirkskomitee wurde darauf folgende Antwort zuteil:

„Wir beabsichtigen, an den Pfingsttagen gemeinsam mit den übrigen vaterländischen Verbänden — Stahlhelm und Nationalsozialisten, Barmat und vaterländische Arbeitervereine — eine große Kundgebung gegen Marxismus und Kommunismus hier zu veranstalten. Der Betriebsrat unseres Hüttenwerkes mit einer 1200 Mann starken Belegschaft, welcher ausnahmslos aus nationalen Arbeitnehmern zusammengesetzt ist, ist aus begrifflichen Gründen für eure Veranstaltung nicht zu gewinnen. In der Hoffnung, daß all den marxistischen und kommunistischen Arbeiter- und Volksoberleitern das Handwerk gelegt wird, sind wir in Treue zu unserem deutschen Vaterland und der Regierung Friede der Betriebsrat der Maximilianhütte Unterwellenborn: gez.: Torres Betriebsratsvorsitzender.“

Die Werte mit einer sozialdemokratisch-kommunistischen Arbeiterschaft werden also stillgelegt, während man einen Hort der Selben nach vergrößert. Man sieht aus dieser Lausche jedenfalls, daß bei den „Rationalisierungsmaßnahmen“ der Schwerindustriellen nicht nur sogenannte wirtschaftliche Erwägungen, sondern auch die Verfolgung der werksgemeinschaftlichen Pläne des Unternehmertums eine Rolle spielen. Dieser Fall mißt aber auch ein gelles Licht auf die „Ehrlichkeit“ der Schwerindustriellen, auf die sie sich bei Tarifverhandlungen, Stilllegungsverhandlungen usw. so gern berufen.

Die enttäuschte Mansfeld A. G.

Der Terrorschwindel.

Estleben, 2. Juni. (Eigenbericht) Infolge der einmütigen Niederlegung der Arbeit durch die Belegschaften der Mansfeld-Betriebe hat die Generaldirektion heute mittig durch eine Bekanntmachung an die Belegschaften die Betriebe, die mit dem Kupferbergbau zusammenhängen, stillgelegt. Die Generaldirektion der Mansfeld A. G. behauptete in einer Mitteilung an die Presse vom 2. Juni, daß schon am gestrigen Sonntag Terror gegen Arbeitswillige verübt worden sei und daß am heutigen Montag die in großer Zahl auf sämtlichen Gruben

und Hütten erschienenen Arbeitswilligen bereits auf den Zugangswegen durch stärkste Gegenwirkung zum größten Teil an der Aufnahme der Arbeit verhindert worden seien. Nur verhältnismäßig wenigen Leuten sei es daher gelungen, sich durchzusetzen und ihre Arbeitsstätte zu erreichen.

Wir stellen demgegenüber fest, daß die Weigerung fast der gesamten Belegschaften, mit den von der Mansfeld A. G. diktierten neuen Bedingungen ein neues Arbeitsverhältnis einzugehen, ohne jeglichen Terror erfolgt ist. Die selbstverständliche und erlaubte Gegenwirkung der Gewerkschaften beschränkte sich lediglich auf die vorherige Aufklärung der Arbeiter über die Absichten der Mansfeld A. G. Es hat wohl selten Arbeitsstämpfe gegeben, wo die Arbeiter in so großem Maße aus eigener Entschliebung Arbeitsaufnahme verweigerten, Terrormaßnahmen, die grundsätzlich von den Gewerkschaften abgelehnt werden, sind nicht erfolgt. Das selbstverständliche gütliche Zureden der Streikposten auf die an Zahl äußerst geringen Arbeitswilligen vollzog sich bei hellem Tageslicht und fast überall unter den Augen der anwesenden Landjäger und Postzeitbeamten, die in keinem Fall Veranlassung hatten, einzuschreiten. Die von der Mansfeld A. G. gegebene, den Tatsachen widersprechende Darstellung ist nur zu erklären durch die Enttäufung, welche die Gesellschaft dadurch erlitt, daß die Arbeiterschaft nicht, wie die Gesellschaft erwarpte, das von ihr verfügte Diktat annahm.

... 59 von
meinen 65
Schülerinnen
trinken jetzt
Kathreiner
schreibt der Lehrer L.
darüber
wird sich un-
ser Schularzt
freuen...

Nathan Gurdus: Admiralerinnerungen

Abend für Abend kommt zu mir nach der Arbeit der frühere russische Admiral R.

Er kommt, trinkt einige Gläser Tee, spielt mit mir zwei Partien Schach und geht wieder. Immer schweigsam.

Meistens sitzt er, trotz der Wärme im Zimmer, in seinem alten zerfetzten Mantel da, um seine goldstrotzende Uniform unter dem alten Zivilmantel zu schonen.

Ja, der Admiral R., im Kriege oberster Befehlshaber der Schwarzmeerflotte, trägt auch heute als armer Emigrant eine glänzende Uniform.

Nur daß an der Stelle, wo früher die Admiralstreffen waren, heute zierliche Goldbußstaben leuchten „Grand-Hotel“.

Er ist Litzjunge in diesem Hotel.

„Für einen Portier bin ich nicht repräsentativ genug“, sagte er ohne Bitterkeit.

Heute kommt der Admiral etwas früher. Setzt sich, wie immer, hin, aber schiebt die Schachfiguren weg. Nanu, denk ich. Da zieht er auch schon eine alte vergilbte Zeitung aus der Tasche und sagt:

„Sehen Sie, das war vor genau zehn Jahren.“

Auf der ersten Seite der Zeitung steht der Admiral, umgeben von seinem Stab, und über seinem Kopf weht seine Flagge. . .

Ich bläse auf die ärmliche Gestalt mir gegenüber.

In solchen Momenten beginnen russische Emigranten immer zu weinen.

Nicht der Admiral.

„Das war ich“, beginnt er mit vollkommen ruhiger Stimme, „aber wenn ich diese Gestalt auf der Kommandobrücke betrachte, so glaube ich gar nicht, daß ich das bin. Mir scheint dieser Mensch auf dem Bild so fremd. So fern liegt das alles. Die Erinnerungen an diese Zeit verblasen. Ich kann auch nicht in ihnen schwelgen. Mir scheint als hätte ich das ganze Leben im Fahrstuhl gestanden. Aber eine Erinnerung überkommt mich manchmal. An einen Augenblick meines früheren Lebens denke ich mir, und dann bin ich glücklich.“

Der Admiral setzt sich in einen Sessel. Ich bläse verwundert auf den sonst so Schweigsamen, der sich zum Weitererzählen bereite.

„Wissen Sie“, fuhr der Admiral fort, „wen ich heute getroffen habe? . . . Michailoff! Den früheren Kommandanten von Sebastopol, heute ist er in einem Blumenladen. Michailoff ist ein Schweinehund gewesen. Gnade dem, der sein Untergebener war. Die Matrosen seiner Division quälte er so bestialisch, daß nicht selten Selbstmorde vorkamen. Dann, als die aufregenden Tage der Meuterei des „Potemkin“ kamen, verwandelte sich Michailoff gänzlich in eine Bestie. Mit der Peitsche lief er herum. Wenn er auf der Straße erschien, liefen alle Matrosen und Soldaten in die Höhe. Jeden Tag hatte Michailoff seine Kriegsgerichtsfigung.

Todesurteile waren an der Tagesordnung.

Michailoff wollte seine Schneidigkeit in St. Petersburg beweisen! Ich habe dieses Tier, aber er war schon damals Admiral und ich nur Kapitän, also hieß es, Maul halten. Dazu noch war ich als „Aberaler“ verrufen. Zwei Matrosen waren in der Hasenwache, auf die hatte es Michailoff besonders abgesehen. Es waren Arbeiter aus Moskau, sicher Sozialisten, aber beweisen konnte ihnen Michailoff nichts und das machte ihn noch rasender. Eines Tages glaubte er zu sehen, daß einer dieser Matrosen ihn nicht vorchriftsmäßig begrüßt habe. Er ließ darauf alle beide vor dem ganzen Regiment auspeitschen.

Abends waren die beiden Matrosen desertiert. Und im Hafen sah ich ein kleines Segelboot. Sie wollten sicher die Türkei erreichen. . .

Im Offizierskasino ludte Michailoff bei seinem Abendwein. . . Mit dem kleinen Segelboot, bei diesem Sturmwetter inmitten des Schwarzen Meeres. . . Nun, das Kriegsgericht hatte sich die

Arbeit erspart! Nächsten Morgen lief mein Kreuzer auf hohe See zur Übung. Von seinem Frühstückstisch rief mir Michailoff scherzend nach:

„Wenn Sie das Boot treffen, dann jagen Sie die beiden Hundesöhne zu Ihrem Karl Marx!“

Haa . . . Haa . . . ha . . ., brüllte das ganze Kasino über den guten Witz.

*

„Stürmisches Wetter auf dem Schwarzen Meer.“

Ich stand auf der Kommandobrücke, breitbeinig, um bei dem Stampfen und Schläudern des Schiffes das Gleichgewicht nicht zu verlieren.

Die jungen Offiziere neben mir hielten sich krampfhaft am Geländer fest. Weit und breit kein Fahrzeug, selbst die größeren Fischbarken hatten sich vertrieben.

Vor meinen Augen stand das kleine Boot mit den zwei Matrosen. . . Bei dem Wetter. . . Das Gelächter aus dem Offizierskasino klang mir noch in den Ohren. Hahsoo! bläute ich auf die Offiziersuniform um mich, vergessend, daß auch ich das goldumwähle Tuch trug.

Stundenlang manövierten wir. Schossen, wendeten. Fuhren in höchster Geschwindigkeit an der türkischen Küste entlang. Die See hatte sich beruhigt und auf einmal bemerkte ich während einer Schießübung links ganz nahe von uns ein kleines Segelboot. Sicher Fischer, dachte ich. Befahl, das Schießen einzustellen und richtete das Glas auf das kleine Fahrzeug. Mein Gott, war es möglich. . . ? Ich wollte meinen Augen nicht trauen! Und doch. . . Im Boot standen zwei Mann aufrecht. Russische Matrosen. Zweifellos die beiden Deserteur!

Kalter Schweiß trat mir auf die Stirne. Ich überlegte blitzschnell. So nah an der türkischen Küste sind die beiden gerettet! Wenn ich sie aber „bemerte“, muß ich sie aufnehmen und Michailoff ausliefern. Ich darf das Boot nicht sehen!

Da schreit neben mir mein Adjutant, das Fernglas auch auf das Boot gerichtet:

„Herr Kapitän, sind das nicht. . . ?“

Wenn es jetzt die anderen Offiziere bemerken, sind die beiden verloren, denke ich.

Ich schreie den Adjutanten an:

„Sie sind verrückt, das sind türkische Fischer“, und weiter brülle ich über das ganze Schiff:

„Die Herren Offiziere an ihre Plätze. Rauchschießübung!“

Gott sei Dank, niemand achtet nun des Bootes, und da beginnen auch schon die Kanonen die Rauchschießung abzuschließen. Der Kreuzer des Jaren hüllte sich in Wolken, um ein kleines Boot mit zwei tapferen Sozialisten nicht sehen zu müssen!

Ich befehle Vollwapp in die entgegengesetzte Richtung vom Boot. Jeder Stoß der Maschine klang mir wie Musik. Als wir aus den „Wolken“ kamen, atmete ich auf, kein Boot zu sehen, niemand hatte etwas bemerkt.

Und den Adjutanten hörte ich hinter meinem Rücken sagen:

„Der Alte macht heute hüßlich scharfe Übungen.“

Zwei Tage danach brachte die Presse die Nachricht, die Deserteur wären wie durch ein Wunder in der Türkei gelandet und diese wollte sie nicht ausliefern. . .

*

Der alte Admiral hatte seine Erzählung geendet. Still fügte er noch bei:

„Heute hab ich dem Michailoff diese Sache erzählt, ich wollte, er sollte wenigstens jetzt plagen. . . Aber er hat gar nicht zugehört und mir nur immerzu erzählt, wieviel Trinkgelder er jetzt als Blumenbote bekommt. Ja, ich werde vielleicht auch in diesem Geschäft versuchen, anzukommen!“

Victor Auburtin: Völkerkunde / Wiener Würstel

Im *Liberal*, *Banner*, *Bozler*, *München*, erscheint wiederum ein *Wochenblatt* von Victor Auburtin. Aus dem *Wochenblatt* „*Revue* und *Rieser*“ veröffentlichten wir mit Genehmigung des Verlages den folgenden Abschnitt.

Natürlich gibt es in Wien keine Wiener Würste.

Wiener Schnitzel steht auf allen Speisefarten, aber merkwürdigerweise ist es nicht das, was die übrige Welt unter Wiener Schnitzel versteht. Die übrige Welt versteht unter Wiener Schnitzel ein ganz dünn geklopftes, trockenes und leicht paniertes Stück Kalbfleisch, auf dem eine Sardelle und zwei Kapern liegen müssen. In Wien ist das Wiener Schnitzel dick und saftig; sehr gut, aber ganz anders. Und woher kommen alle diese irrtümlichen Bezeichnungen?

Die besten Wiener Schnitzel gibt oder gab es früher auf den Rheindampfern, die zwischen Köln und Mainz auf und nieder fahren. Wenn ein solcher Rheindampfer an dem Loreleyfelsen vorüberkommt, pfeift der romantische Passagier gerade in der Kajüte zu sitzen und ein Wiener Schnitzel zu essen. Dann spielt die Kapelle jenes hinreißende Lied, und der romantische Passagier kann es gar nicht besser getroffen haben.

Und was die Wiener Würste anbetrifft, so heißen sie in Wien Frankfurter Würste. Kein Mensch findet sich zurecht.

Dagegen kann man in Wien eine Berliner Schnitzel bekommen. Als ich den Namen dieses Gerichtes zum ersten Male auf der Speisefarte las, bestellte ich es mir sofort, sehr begierig, zu erfahren, was die Wiener wohl unter einer Berliner Schnitzel verstehen möchten. Die Berliner Schnitzel war eine Lortie aus geriebenem Schwarzbrot und Pfannkuchen.

Schön. Aber warum Berliner Schnitzel? Und nimmst du die Flügel der Morgenröte und fliegst von Treptow über den Spittelmarkt und den Augusta-Viktoria-Platz bis nach Westend, nirgendwo in Groß-Berlin findest du diese Lortie aus geriebenem Schwarzbrot und Pfannkuchen. Man kann das Zeug kaum herunterschlucken.

Gewisse Wiener Klagen über den Niedergang der Wiener Küche und halten öffentliche Vorträge zu diesem Thema. Der Fremde kann darüber nicht urteilen, es fehlen ihm die Möglichkeiten des Vergleiches. Aber sollte wirklich etwas Kehnliches vorliegen, so wäre dieser Prozeß aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes zu erklären und zu entschuldigen. Sehr viele Lebensmittel — Eier, Milch, Gemüse — müssen aus dem Ausland importiert werden und sind deshalb teuer und selten. Ich selbst habe von einem solchen Untergang des Abendlandes nichts gemerkt und wünschte, man ähe in den Berliner Lugasrestaurants nur halb so gut wie in einer Wiener Schwemme.

Die Wiener Küche ist stets eine bürgerliche Küche gewesen, im Gegensatz zu der französischen. Raffinierte Genüsse wie bei Marguery und Papérouse in Paris erwarde man hier nicht. Dagegen wird der Kenner auf der ganzen sonstigen Welt nirgendwo ein so vorzüglich gekochtes Rindfleisch bekommen, wie es täglich — mit Ausnahme der Sonntage — zu Mittag in sämtlichen Restaurants der Stadt Wien, den größten und den kleinsten, zu haben ist; mit Essigkren oder mit Schnittlauchsoße oder mit Dillsoße. Das ist ein Hausfrauengericht; aber wer sich um solche Dinge kümmert, der weiß, daß gerade diese einfachen Speisen die feinsten sind und auch die schwierigsten. Ein Ragout aus Hummerschwänzen, Kaviar und Muscheln kann jeder bereiten: an dem Rindfleisch und an den Kartoffeln zeigt sich der Meister. (Mein Großvater, in dessen Hause ich gelebt habe, war der französische Rundloch eines Königs. Nur deshalb wage ich mitzureden.)

Rozart soll gesagt haben, daß er ohne Wiener Backhendeln nicht leben könne. Wenn es auf der Welt eine „Zauberflöte“ gibt, so verdanken wir diese also den Wiener Backhendeln, da Rozart ja leben mußte, um die „Zauberflöte“ zu komponieren.

Doch könnte es scheinen, als ob die Glanzzeit der Wiener Backhendel vorüberzugehen beginnt. Sie werden nicht mehr so viel gegessen, sie weichen vielleicht der fortschreitenden Zivilisation.

Kämlisch so: Backhendel zu essen muß ein Genuß gewesen sein in jener Zeit, als es selbst an den vornehmsten Tischen Sitte war, die Hüfnerhaken in die Hand zu nehmen und das Fleisch abzunagen. Diese Zeit liegt ja gar nicht so weit zurück. Brillat-Savarin ab so; ja, er nahm die gebakenen Fische in die Hand und hat in seiner „Physiologie des Geschmacks“ ausdrücklich vorgeschrieben, daß gebakene Sachen nicht anders gegessen werden dürfen.

Das Einmalen von Benzol

Eine Veränderung des menschlichen Blutbildes durch Benzol-einmalung haben Epsat und Salinger festgestellt. Sie beobachteten bei Kraftfahrern, deren Fahrerraum die Anwesenheit von Benzolgasen ermöglichte, eine auffallende Blässe der Gesichtshaut, und als daraufhin das Blut mikroskopisch untersucht wurde, stellte sich eine starke Vermehrung der weissen Blutkörperchen (Lymphozyten) heraus, die mit allgemeiner Erschöpfung Hand in Hand ging. Besonders solche Kraftfahrer, die in mehr oder weniger geschlossenen Fahrerräumen ihre Tätigkeit ausüben, wiesen die genannten Erscheinungen auf, so daß das ständige Einmalen von Benzolgasen als Ursache der Schwächung angesehen werden mußte. Weitere Reihenuntersuchungen sollen darüber Aufschluß geben, ob sich auch in anderen Berufszweigen, bei denen eine dauernde Einatmung kleiner Benzolmengen in Frage kommt, ähnliche Schwächungen nachweisen lassen.

Der Marienkäfer im Garten und in der Landwirtschaft. Unser kleiner Marienkäfer ist ein sehr nützliches Tierchen. Wenn den Kindern verboten wird, einen Marienkäfer zu töten, so nicht in erster Linie deshalb, weil er im Volksglauben als kleiner Bote der Gottesmutter gilt, sondern mehr noch, weil er fast nur von den so schädlichen Blatt- und Schildläusen lebt. Als Vertilger dieser Pflanzenparasiten wird der Marienkäfer in Nordamerika von den Landwirten und Obstzüchtern sogar in großen Mengen gekauft und dann ausgelegt. Es gibt in Nordamerika Leute, die sich hauptsächlich auf die Zucht von Marienkäfern gelegt haben und sie dann in großen Kartons verschicken. In England besteht sogar schon seit einigen Jahren eine vom Landwirtschaftsministerium unterstützte Anstalt, in der Marienkäfer gezüchtet und an die Landwirte abgegeben werden. Dort, wo Blatt- und Schildläuse sehr stark auftreten, wäre vielleicht auch bei uns das Auslegen von solchen kleinen Käfern sehr nützlich.

Beinhäuser. Im altpreußischen Gebiet kann man noch auf sogenannte „Beinhäuser“ treffen, eine nischenartige Vertiefung, die sich meist am Eingang oder im Altarraum von Friedhöfen befindet, auch im Innern. Das ist das Beinhäuser. Ein einfaches Holz- oder Eisenblech schließt den Raum nach unten ab. In diesem Beinhäuser sind auf drei bis vier Stufen Schädel jeden Alters, von Kindern bis zu den ältesten Personen, zur Schau gestellt; der Boden ist mit zerfallenen Knochen, verrotten Blumenkränzen, über das sich nicht die Spinnweben legen, bedeckt. Auf die Stirn des Schäfels sind Namen, Stand, Todesursache, felderner Geburts- und Todesdatum des einstigen Eigentümers verzeichnet. Vereinzelt sieht man die freigelegenen Schädel der Beinhäuser mit Ornamenten ausgeschmückt. Diese Stätten sollen zur Einkehr mahnen, zum Bedenken an den zu jeder Stunde möglichen Tod.

Friedrich Hatteroth: Liebe im Mai

Der Tag ist so schön wie selten einer. Die Sonne strahlt aus dem hellgelbstrahligen Blau des Himmels, die Obstbäume blühen weiß hinauf, Löwenzahn prahlt gelb aus dem jungen Grün der Queden in den Gärten und nur die Hunde haben Mühe, die Spur ihrer Vorgänger an den Zaunpfählen zu verfolgen. Aus den geöffneten Fenstern der Mietkajernen schallt Plattenmusik.

Gustav und Lene verschwinden ganz in den Scharen der Spaziergänger, die sich aus den engen Häuserzeilen ins Freie ergießen. Lene hat ihren freien Sonntagsausgehtag und kam nur zwanzig Minuten später, weil die Herrschaft das Essen zu spät angelegt hatte und Lene nicht früher mit dem Abwaschen fertig wurde.

Gustav drückt ein wenig die neuen gelben Halbschuhe. Aber über alles Ungemach tröstet die Freude, heute frei zu sein und mit dem eigenen Herzschmerz einen anderen zu fühlen, der nicht knirscht wie Metall, nicht pufft wie ein stinkender Motor.

Gustav kupt an den Kermeln seines marangofarbenen Anzugs, der, wie alle Anzüge, die von der Stange gekauft sind, in den Armelöchern für breitschulterige Menschen zu eng ist, wodurch die Kermel hochrutschen. Die Hände hat er sich gründlich mit Benzol und Zahnpasta und einer scharfen Bürste gereinigt, so daß man ihnen heute nicht die unumgänglich wichtigsten Werkzeuge eines Autoschlössers ansieht. Sie sind nur ein wenig rot und wie aufgedunsen von der Feiertagsluft der Riffen, der sie sich augenblicklich hingeben, nämlich das federichte Rantelchen von Lene zu tragen, Preis 19,50 M., echt Cabardine, nur ein wenig dünner als der der gnädigen Frau, bei der Lene bedientet ist.

Lene hat die Metamorphose aller Mädchen vom Lande durchgemacht, von der kalten Unbekümmertheit der Armen zum mächigen Stadtkind, das seine instinkthafte Furcht vor dem Leben unter Neugierlichkeiten verbirgt. Noch weiß und fühlt sie mit Bewußtheit, daß ihr etwas bei allem noch mangelt, dieser letzte Schliff, den sie nie erreichen wird wie Menschen, die nicht arbeiten. Noch beschämt sie sich. Sogar den blonden Popf wird sie sich erst nach Pfingsten abschneiden lassen, um die Mutter daheim nicht zu erzürnen, wenn sie zum Fest Urlaub nimmt.

Die Lust ist lau und der Wind sächelt sie durch das dünne Kleid bis auf die Haut. Immer haben junge Mädchen etwas zu pudeln, und jedes möchte die Schönheitskönigin vom Lunapark sein. Welche Sorgen hat denn ein Mann? Der braucht nicht, wie Lene, auf dem Wochenmarkt lange am Stand zu weilen und hin und her zu überlegen, ob man die zart reifegrünen oder rosa Schläpfer taufe. Wein, ohne Zureden der gnädigen Frau hat Lene sich für die reifegrünen entschieden, und die Gnädige fand sie äußerst „bezogen“.

Verstehen würde Gustav solche Dinge nie, höchstens begreifen. Aber auf die Hände würde sie ihm schlagen, diesem kühnen Ritter. Immer sah er ihr auf die Kräusellocken umieren Hut, sah in den freien Brustauschnitt des Kleides hinein, sah ihr auf den Busen, auf die Beine. Und verlebte Blicke machte er dabei wie ein Rater.

Na ja, verstecken lassen sich diese körperlichen Dinge nicht, sie gehören zum Menschen, wie die Organe, die unter der Haut liegen. Lene war mehr für das Innenwende, sie war nicht so eine, die sich von jedem Kerl gleich beim ersten Beisammensein lassen läßt.

Jeder Kerl sucht bei den jungen Mädchen nur das eine, denkt Lene, und sieht dabei Gustav von der Seite an, der ihr gewichtig und gar nicht im Augenblick damit beschäftigt, den Unterschied von einem Bierzylinder und einem Schazylinder auseinanderzusetzen. Sein Beruf ist ihm sein liebstes Thema, da kennt er sich aus. Sie erstleht daraus nur, daß er in seinem Fach strebsam ist, aber sie wird ihn sich schon ziehen.

Mitten im Sonnenschein, auf dem staubigen Wege, rechnet die geschäftige Lene. Wenn sie noch drei Jahre warten würden und sparen, es reichte dann vielleicht zu, daß Gustav eine eigene kleine Schloßerei auf dem Lande aufmache. Das Schlimmste wäre es nicht, denkt sie —, doch Gustav meint, da sie doch schon drei Wochen miteinander gingen und sie heute auch den Haus Schlüssel habe, solle sie nicht so prüde sein.

Lene sagt nicht ja und sagt nicht nein, nur traurig macht es sie. Und sie fragt den Autoschlösser, ob ein Wagen, der schon einmal gefahren worden sei, noch als neu verkauft werden könnte? Gustav sagt, es wäre dann wohl noch ein neuer Wagen, aber doch nicht so neu, nicht fabrikneu, mit all dem Glänzen und Blitzen auf Lack und Metall.

Und Lene folgert daraus, daß drei Jahre Warten eine lange Zeit sind und mancher Wagen in solcher Zeit stark ramponiert wird. Und sie erklärt mitten im Sonnenschein auf dem staubigen Wege, während sie in der Schar der Sonntagspaziergänger dem fernen Kiefernwalde zustreben, daß man haushalten mußte mit der Liebe. Weil Gustav aber ein vertriebliches Gesicht schnaidet, schimpft sie ganz kategorisch, aber ohne Behelligkeit, mit echt frauenlichen Instinkten: nach so kurzer Zeit des Kennens schon aufs Ganze zu gehen, fände sie frech; so was gäbe es bei einem anständigen Mädchen nicht, wenigstens nicht heute und vor Pfingsten auch noch nicht.

Lene sagt es angesichts des Waldes, der sich wie ein Dom über sie wölben wird, sie vergißt, daß es Mai ist.

Ein Starmoh in einem der Gärten sitzt auf einem Ast und kötet sein schönstes Lied der Starmöhin, die auf ihren Eiern brüet, ins Nest hinein.

Scharen von Menschen sind auf die Felder herausgewandert, feiertägig gepudt, mit hellen Sonntagsaugen. Gustav macht schon wieder verlebte Blicke. Niemand von den Weilen beachtet das junge Paar, das neben der Liebe her marschert.

Der Ausdruck „Verfälscht“, den man für einen wütenden und gewalttätigen Menschen gebraucht, kommt vom Altnordischen „Berr“ (Bär) und „fekt“ (Gewand), weil man glaubte, daß gewisse Leute sich in Bären verwandeln können. Auf eine ähnliche Annahme ist die Entfälschung des Ausdrucks „Wermoh“ zurückzuführen.

Glasbläser gab es schon 3500 v. Chr. In alten ägyptischen Gemälden sind arbeitende Glasbläser dargestellt.